

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Initiativprüfung

Rechnungsabschluss 2006

des Landes Oö.

Bericht

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof

A-4020 Linz, Promenade 31

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-214089

E-mail: post@lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Juni 2007

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Rechnungsabschluss 2006	4
Kassenabschluss	4
Haushaltsrechnung	5
Haushaltsergebnisse	5
Soll-Ergebnis	5
Ist-Ergebnis	5
Maastricht-Ergebnis	5
Darlehen Gespag	6
Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnung	6
Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung	7
Vollzug des Voranschlages	7
Voranschlag und Nachtragsvoranschlag	7
Abweichungsanalyse	8
Einnahmen- und Ausgabenrückstände	9
Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse	9
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	9
Laufende Gebarung – öffentliches Sparen	11
Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)	13
Finanztransaktionen	14
Nachweise zur Haushalts- und Finanzsituation	15
Personal	15
Pensionen	17
Rücklagen	17
Rücklagenstand	17
Haushaltsrücklage	18
Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten	19
Schulden	19
Finanzschulden	20
Noch nicht fällige Verwaltungsschulden	20
Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen	22
Verwahrgelder und Vorschüsse	22

Wertpapiere	23
Haftungen	23
Beteiligungen	23
Energie AG Oberösterreich	24
OÖ Landesholding und indirekte Beteiligungen des Landes	24
Feststellungen zum Haushalts- und Verrechnungswesen	25
Flexibilisierung der Haushaltsführung	25
Evaluierung der Flexiprojekte	25
Stärken-Schwächen-Analyse	26
Vermögensdarstellung im Rechnungsabschluss	27
Zuständigkeit bei Verkauf immaterieller Vermögenswerte	27
Umsetzung von Empfehlungen aus der Prüfung des RA 2005	28
Stabilitätsorientierte Budgetpolitik	28
Mittelfristige Finanzplanung	29
Offene Fleischuntersuchungsgebühren	29
Mehrfährige Verpflichtungen	29
Überdenken des Leistungsangebotes im Sozialbereich	30
Evaluierung der Leistungen im Sozialbereich	31

Abkürzungsverzeichnis / Glossar

Begriff	Erklärung
A	
AG	Aktiengesellschaft
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG
B	
BHG	Oö. Behindertengesetz 1991 - Oö. BhG 1991 idgF
BIP	Bruttoinlandsprodukt
E	
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
ESVG 95	Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus 1995
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EVN	Energie Versorgung Niederösterreich AG
G	
Gespag	Oö. Gesundheits- und Spitals-AG
Ggr.	Gebarungsgruppe
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWCL	GWCL Wohnungsgesellschaft mbH
H	
HHGr.	Haushaltsgruppe
HO	Haushaltsordnung des Landes Oö.
K	
KZ	Kennziffer
L	
LAHO	OÖ Landesholding GmbH
LIG	Landes-Immobilien GmbH
LRH	Oö. Landesrechnungshof
N	
Nfg.	Nachfolger
NVA	Nachtragsvoranschlag bzw. -voranschläge
O	
Oö. ChG	Oö. Chancengleichheitsgesetz
Oö. LRHG	Oö. Landesrechnungshofgesetz 1999 idgF

R	
RA	Rechnungsabschluss
RL	Rücklage(n)
RQ	Rechnungsquerschnitt
S	
SAP R/3	Rechnungswesen-Software des Landes Oö.
SHG	Oö. Sozialhilfegesetz 1998 - Oö. SHG 1998 idgF
SO	Sozialabteilung
T	
TA	Teilabschnitt
TOG	Oö. Theater und Orchester GmbH
U	
UA	Unterabschnitt
Ü-Mittel	Nicht verbrauchte Ausgabekredite, die in das Folgejahr übertragen werden (Übertragungsmittel)
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
V	
VA	Voranschlag
VBÄ	Vollbeschäftigtenäquivalente
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
VRV	Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung
VSt.	Voranschlagsstelle
W	
WBF	Wohnbauförderung
WOV	Wirkungsorientierte Verwaltungsführung

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 22.2.2007 bis 30.4.2007 eine Initiativprüfung im Sinne des § 4 Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 1 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/99 idgF, durchgeführt.

Gegenstand der Prüfung war der Rechnungsabschluss (RA) des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2006 und der Stand der Umsetzung von Anregungen und Empfehlungen aus der vorjährigen RA-Prüfung.

Das Hauptziel der Prüfung war festzustellen, ob der RA 2006 ordnungsgemäß aus der Buchhaltung abgeleitet und unter Beachtung der Haushaltsvorschriften erstellt wurde.

Die Prüfung des RA 2006 erstreckte sich primär auf

- die Feststellung des Kassenbestandes,
- die Vollständigkeit und Richtigkeit der Haushaltsrechnung und der Nachweise sowie
- ausgewählte Themen des Haushalts- und Verrechnungswesens.

Schwerpunktmäßig wurden die Haushalts- und Finanzsituation des Landes Oö. und der Umsetzungsstand der flexiblen Haushaltsführung in den Pilotprojekten analysiert.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Martin Mühlbacher MBA als Prüfungsleiter, Mag. Franz Bauer, Pauline Gmeiner und Mag. Thomas Hammer zusammen. Das Team wurde von Daniela Grillberger und Peter Spanner unterstützt.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde den Vertretern der Finanzabteilung und dem Landesfinanzreferenten in den Schlussbesprechungen am 4.6.2007 und 12.6.2007 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck) sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Beträge im Bericht wurden meist kaufmännisch auf eine Dezimalstelle gerundet.

KURZFASSUNG

- [1] Der Landesrechnungshof (LRH) überprüfte den Rechnungsabschluss 2006 (RA) des Landes Oö. Er analysierte dabei die Haushalts- und Finanzsituation des Landes und beschäftigte sich mit ausgewählten Themen des Haushaltswesens.
- [2] **Der LRH stellte fest, dass der RA 2006 ordnungsgemäß aus der Buchhaltung abgeleitet und sorgfältig erstellt wurde.** Die Überprüfung von Gebarungen und Nachweisen ergab, dass alle voranschlagswirksam zu verrechnenden Einnahmen und Ausgaben in die Haushaltsrechnung aufgenommen wurden und die Nachweise zum RA mit den Aufzeichnungen übereinstimmten. Auch der Kassenabschluss war korrekt.
- [3] Die **finanzpolitischen Vorgaben** des Oö. Landtages für den Voranschlag 2006 (VA) wurden im Budgetvollzug **eingehalten**. Das **Ziel der Schuldenfreiheit** wurde insofern erfüllt, als im VA 2007 die Schuldenfreiheit bzw. Neuverschuldung **auf Finanzschulden präzisiert** wurde und 2006 keine Finanzschulden auszuweisen waren.
- [4] **Die Haushaltsrechnung 2006 wurde bei Ausgaben von 4.226,5 Mio. Euro vor allem durch eine Entnahme aus der Haushaltsrücklage von 231,2 Mio. Euro ausgeglichen.** Obwohl dieser **Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung** um 13,3 Mio. Euro geringer war als im Vorjahr, **wird er vom LRH als hoch angesehen.**
- [5] Das **Maastricht-Ergebnis** im Sinne des Österreichischen Stabilitätspaktes (ordentlicher Stabilitätsbeitrag) errechnete das Land Oö. mit 126,1 Mio. Euro. Damit wurde der Zielwert um 149,3 Mio. Euro unterschritten. **Der LRH stellte fest, dass das Land Oö. den positiven Stabilitätsbeitrag nur erreichte, weil es den Betriebsabgang und den Trägerselbstbehalt der Gespag maastricht-neutral als Landesdarlehen darstellte.** Diese Form der Darstellung wirkte nach den Auslegungsregeln des Österreichischen Stabilitätspaktes letztmals im Jahr 2006 defizitmindernd bzw. überschusserhöhend. Das Land Oö. ist daher gefordert, wirksame stabilitätsorientierte Schritte zu setzen.
- [6] **Die Haushalts- und Finanzreserven waren rückläufig.** Die buchmäßige Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten verminderte sich 2006 um 19,9 Mio. Euro auf 262,7 Mio. Euro. Die finanziell bedeckte Haushaltsrücklage ging um 231,2 Mio. Euro auf insgesamt 217,5 Mio. Euro zurück. Wie der LRH bereits in der vorjährigen RA-Prüfung prognostizierte, wurden die kurzfristig veranlagten Mittel aus der Haushaltsrücklage im Jahr 2006 zur Bedeckung des Haushaltsbedarfes und Sicherstellung der Liquidität benötigt. Von der zum Jahresende 2006 verfügbaren Haushaltsrücklage von 217,5 Mio. Euro waren 65 Mio. Euro durch Genussrechte gebunden. Die restlichen 152,5 Mio. Euro stärkten die Liquidität im Kassenbestand.
Das Land kann aufgrund seiner soliden Finanzsituation durch Veräußerung langfristiger Vermögenswerte wie zB Darlehensforderungen wieder kurzfristig verfügbare Rücklagen aufbauen. Allerdings löst dies das strukturelle Haushaltsproblem von zu niedrigen Einnahmen bei relativ hohen Ausgaben nicht dauerhaft. Es ist darauf hinzuweisen, dass im Fall eines vollständigen Verkaufs von WBF-Darlehen Einnahmen aus Darlehensrückflüssen von jährlich ca. 15 bis 20 Mio. Euro wegfallen, was den zukünftigen Haushaltsausgleich erschwert. Als Alternative zu einem Vermögensverkauf müsste das Land massiv Ausgaben einsparen oder Fremdmittel aufnehmen, was wiederum zu Zinszahlungen und Neuverschuldung führt.
- [7] Ein vor allem **konjunkturell bedingter Einnahmewachstum** prägte die Haushaltssituation des Jahres 2006 und **verminderte das infolge langjährig stagnierender Einnahmen und steigender Ausgaben bestehende Finanzproblem.** In der laufenden Gebarung erzielte

das Land zwar einen relativ hohen Überschuss von 532,1 Mio. Euro. Ohne Verlagerung der Betriebsabgangsdeckung der Gespag zu den Finanztransaktionen (190,2 Mio. Euro) vermindert sich dieser Betrag aber auf 341,9 Mio. Euro. Dieser bereinigte Überschuss war um 29,2 Mio. Euro höher als im Vorjahr und ergab eine öffentliche Sparquote von etwa 10 % der laufenden Ausgaben. Im Vorjahr lag die Sparquote von Oberösterreich im Bundesländervergleich im Mittelfeld.

Aus der Sicht des LRH reicht der finanzielle Spielraum aus der laufenden Gebarung nicht aus, das seit Jahren hohe Investitionsniveau des Landes zu finanzieren. Er hält daher **Einsparungen bei Investitionen und Förderausgaben für notwendig, wenn das Land weiterhin Neuverschuldung und zusätzliche Landesabgaben vermeiden will. Während es in den Jahren des geringen Wirtschaftswachstums und einer höheren Arbeitslosenrate durchaus sinnvoll war, mit öffentlichen Investitionen arbeitsmarktpolitische Impulse zu geben, sollte aufgrund der derzeitigen konjunkturellen Lage das Land Oö. in seiner Investitionspolitik antizyklisch vorgehen und Investitionsausgaben möglichst zurück nehmen bzw. auf Folgejahre verschieben.**

- [8] Das Land Oö. ist seit 2002 frei von Finanzschulden, weil es Verkaufserlöse teilweise dazu nutzte, die Finanzschulden gänzlich zu tilgen. Seither war die Finanzpolitik bemüht, finanzielle Erfordernisse zu erfüllen, ohne Finanzschulden aufzunehmen. Der Finanzbedarf wurde nicht nur durch Rücklagenentnahmen gedeckt, sondern Investitionen wurden vermehrt alternativ finanziert. Dies führte zu mehrjährigen Zahlungsverpflichtungen, die als noch nicht fällige Verwaltungsschulden ausgewiesen sind. Diese Verwaltungsschulden stiegen im Vergleich 2005/06 um 1,1 Mrd. Euro auf 2,4 Mrd. Euro. Vor allem die Zahlungsverpflichtungen aus dem Rückkauf der Energie AG Anteile, der geplante Ausbau der Straßenbahn auf das Harter Plateau, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse sowie erstmals ausgewiesene Darlehenszusicherungen im Rahmen der Wohnaufförderung bewirkten diesen Anstieg. Die Zahlungsverpflichtungen von 354,7 Mio. Euro aus dem Rückkauf von Anteilen der Energie AG erfüllte das Land Oö. 2007 durch eine Fremdmittelaufnahme. Um weiter frei von Finanzschulden zu bleiben, ist lt. Voranschlag 2007 geplant, Geschäftsanteile der Energie AG 2007 wieder zu veräußern.

Nach Ansicht des LRH werden einige mehrjährige Verpflichtungen in den nächsten Jahren das Budget zusätzlich belasten wie beispielsweise die Rückzahlungsverpflichtung aus Darlehen der Ordenskrankenhäuser, die Vorfinanzierungen im Straßenbau, der geplante Ausbau der Straßenbahn auf das Harter Plateau sowie die endfällige Anleihe der Gespag zur Investitionsfinanzierung. **Wenn sich die Einnahmen- und Ausgabensituation im Landeshaushalt nicht nachhaltig ändert, sollte das Land Oö. nach Meinung des LRH bei weiteren Mehrjahresverpflichtungen für Großinvestitionen zurückhaltend sein.**

- [9] Wie der LRH bereits mehrmals feststellte, wuchsen die Einnahmerückstände aus den Gebühren der Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse in den letzten Jahren kontinuierlich und beliefen sich 2006 auf 12,2 Mio. Euro. Diese Rückstände sind großteils uneinbringlich und entsprechend abzuschreiben.
- [10] Das Land Oö. ist permanent bestrebt, sein Haushalts- und Verrechnungssystem weiter zu entwickeln. Zu diesem Zweck wurde beispielsweise das **Projekt zum flexiblen Einsatz von Haushaltsmitteln (Flexibilisierungsklausel)** eingerichtet. **Der LRH meinte, dass dieses Projekt neue Impulse für die Weiterführung benötigt** und gab dazu eine Reihe von Empfehlungen ab. Weiters regte er Verbesserungen in der Darstellung des Landesvermögens und eine Präzisierung der haushaltsrechtlichen Zuständigkeitsbestimmungen für den Verkauf von immateriellen Wirtschaftsgütern an.

[11] Die Empfehlungen aus der vorjährigen Prüfung des RA wurden entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Finanzausschusses umgesetzt oder waren in Umsetzung. Der Stand der Umsetzung ist unter den Punkten 35 bis 40 des Berichtes zusammengefasst.

[12] Aus der Prüfung des RA 2006 regte der LRH zusammenfassend Folgendes an:

- I. **Forcieren des ausgabenseitigen Sparens durch antizyklische Investitionspolitik und Reduzierung von Förderausgaben (siehe Punkte 14.2. und 15.2.; Umsetzung ab sofort)**
- II. **Weitere stabilitätsorientierte Maßnahmen zur Verbesserung des Maastricht-Saldos wie beispielweise Ausgabeneinsparungen und verstärkte Gewährung von Investitionsdarlehen anstelle von Investitionszuschüssen (siehe Pkt. 5.2.; Umsetzung ab sofort)**
- III. **Änderung der Finanzierungsdarstellung des Betriebsabganges und des Trägerselbstbehaltes der Gespag von Landesdarlehen auf Landeszuschüsse (siehe Pkt. 6.2.; Umsetzung ab VA 2008)**
- IV. **Abschreibung uneinbringlicher Fleischuntersuchungsgebühren von 9,7 Mio. Euro (siehe Pkt. 12.2.; Umsetzung ab RA 2007)**
- V. **Entwicklung einer Darstellung des Landesvermögens in einer Beilage zum RA des Landes (siehe Pkt. 33.2.; Umsetzung mittelfristig)**
- VI. **Weiterführung des WOV-Leitprojektes „Flexibilisierungsklausel und Globalbudget“ unter verstärkter Einbindung der Politik. Für den beabsichtigten Übergang von der Input- zur Outputsteuerung sollten die Leistungsvereinbarungen zwischen den politischen Referenten und den Führungskräften der Verwaltung als Grundlage dienen. Zur Weiterentwicklung der Flexibilisierungsklausel in der gesamten Landesverwaltung sollten entsprechende Impulse der Politik für ein ziel- und wirkungsorientiertes Produktgruppenbudget anstelle des herkömmlichen inputorientierten Budgets gesetzt werden. (siehe Pkt. 32.2.; Umsetzung ab sofort)**
- VII. **Klare Definition des Vermögensbegriffes in den VA-Bestimmungen betreffend Verkauf von Landesvermögen. Die VA-Bestimmungen sollten klarstellen, dass die Ermächtigung zum Verkauf innerhalb bestimmter Wertgrenzen nicht nur bewegliches und unbewegliches Anlagevermögen, sondern auch immaterielles Vermögen umfasst. (siehe Pkt. 34.2.; Umsetzung ab VA 2008)**

Rechnungsabschluss 2006

Der RA des Landes Oö. für das Verwaltungsjahr 2006 besteht entsprechend der HO und der VRV aus dem Kassenabschluss, der Haushaltsrechnung und den vorgeschriebenen Nachweisen. Die Rechnungsabschlussdaten werden automationsunterstützt aus der mittels SAP R/3 geführten Landesbuchhaltung abgeleitet.

Der RA umfasst drei Bände und Erläuterungen der Abweichungen zum VA. Der RA samt Begründungen für die Abweichungen gegenüber dem VA einschließlich NVA steht der Öffentlichkeit nach Kenntnisnahme durch den Oö. Landtag im Internet (www1.land-oberoesterreich.gv.at/budget/) zur Verfügung.

Kassenabschluss

- 1.1. Der Kassenabschluss per 31.12.2006 wies einen buchmäßigen Geldbestand von 73,6 Mio. Euro aus. Dieser Bestand setzte sich aus Mitteln der Zentralverwaltung (70,1 Mio. Euro inkl. Nebenkassen) und der 15 Bezirkshauptmannschaften (3,5 Mio. Euro) zusammen. Der Kassenbestand enthielt Rücklagenmittel von 172,5 Mio. Euro, die zur Stärkung der Liquidität eingesetzt wurden.

Der Geldbestand laut Kassenabschluss stimmte mit den Geldbestandsnachweisen per 31.12.2006 überein. Auch beim Abgleich der Salden der Geldbestandsnachweise mit den Kassen-, Bank- und Sparguthabenständen zeigten sich keine Differenzen. Zum Stichtag 31.12.2006 vollzogen erstmals alle 76 Nebenkassen des Landes den Kassenabschluss mit SAP R/3.

- 1.2. Der LRH bestätigte die Richtigkeit des überprüften Kassenbestandes von 73,6 Mio. Euro und würdigte das hohe Engagement des Personals zum fehlerfreien Abschluss sämtlicher Nebenkassen. Der positive Kassenbestand wurde durch Rücklagenmittel von 172,5 Mio. Euro möglich. Der zur Stärkung der Liquidität eingesetzte RL-Betrag war um 29,3 Mio. Euro höher als im Vorjahr.
- 2.1. Einige Bezirkshauptmannschaften führten im Rahmen der Treuhandgebarung Sparbücher, deren Bezeichnungen einen sachlichen Zusammenhang zu den verwendeten Sachkonten in der Buchhaltung kaum herstellen ließen. Weiters wurden die Kassenladen in den Bürgerservicestellen der Bezirkshauptmannschaften unterschiedlich behandelt. Manche Bezirkshauptmannschaften führten die Kassenladen als Handverläge über Vorschusskonten, andere als Teil der Hauptkassa.
- 2.2. Der LRH empfahl, die Sparbuchbezeichnungen zu überprüfen und gegebenenfalls an die Bezeichnung des Sachkontos der Buchhaltung anzugleichen bzw. ein neues Sachkonto zu eröffnen. Hinsichtlich der Führung der Kassenladen in den Bürgerservicestellen war der LRH der Ansicht, dass unter Beachtung der geltenden Buchhaltungsorganisationsvorschrift (§ 25 Abs. 5) eine einheitliche Vorgangsweise angestrebt werden sollte.

Haushaltsrechnung

Haushaltsergebnisse

Soll-Ergebnis

- 3.1. Die Haushaltsrechnung des Landes Oö. wurde in den letzten Jahren im Soll immer ausgeglichen. Auch im Finanzjahr 2006 ergaben die erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben von 4.226,5 Mio. Euro ein ausgeglichenes Ergebnis. Zum Haushaltsausgleich trug vor allem eine Entnahme aus der Haushalts-RL in Höhe von 231,2 Mio. Euro bei.
- 3.2. Der LRH stellte fest, dass die RL-Entnahme zum Haushaltsausgleich bereits im VA mit 232 Mio. Euro eingeplant war. Der tatsächlich entnommene Betrag von 231,2 Mio. Euro war um 13,3 Mio. Euro geringer als im Vorjahr. Nach Meinung des LRH ist dieser Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung hoch und sollte weiter reduziert werden.

Ist-Ergebnis

- 4.1. Die kassenwirksamen Ausgaben waren in der Haushaltsrechnung 2006 um 21,9 Mio. Euro höher als die kassenwirksamen Einnahmen. Diese Differenz war um 14,7 Mio. Euro geringer als in der Haushaltsrechnung 2005.
- 4.2. Hinsichtlich des Stichtagswertes von -21,9 Mio. Euro merkte der LRH an, dass dieser vor allem im Zusammenhang mit den hohen Einnahmerückständen aus der Abgangsdeckung der Vorjahre zu sehen ist. Dabei handelt es sich um buchmäßige Darlehensaufnahmen (Soll) von 421,8 Mio. Euro, die aufgrund verfügbarer Rücklagen kassenmäßig (Ist) nicht benötigt wurden.

Maastricht-Ergebnis

- 5.1. Nach dem Österreichischen Stabilitätspakt 2005 sollte das Land Oö. im Jahr 2006 einen ordentlichen Stabilitätsbeitrag (Maastricht-Überschuss) von mindestens 275,4 Mio. Euro erbringen. Im Voranschlagsquerschnitt war ein Maastricht-Überschuss von 118,3 Mio. Euro eingeplant. Im Rechnungsquerschnitt (Beilage 14 zum RA 2006) ergab sich ein Überschuss von 121,5 Mio. Euro. Dieser Finanzierungssaldo ist durch Netto-Aufwendungen von 4,6 Mio. Euro für die Flutwasserkatastrophe 2002 belastet, die nach den Auslegungsregeln des Österreichischen Stabilitätspaktes 2006 noch ergebnisverbessernd angerechnet werden. Das Land Oö. rechnet daher mit einem ordentlichen Stabilitätsbeitrag von 126,1 Mio. Euro (ohne Ergebnisse der Fonds).

Das tatsächliche Ergebnis nach dem Österreichischen Stabilitätspakt (Artikel 10) wird von der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen festgestellt und bekannt gegeben. Dabei werden auch die Unterschiedsbeträge zum Öffentlichen Defizit gemäß ESVG 95 angeführt. Derzeit unterscheidet sich das Ergebnis nach Artikel 10 des Österreichischen Stabilitätspaktes von jenem nach ESVG 95, weil zwischen den

Finanzausgleichspartnern letztmalig für das Jahr 2006 noch die Auslegungsregeln des ESVG zum Stand 16. Oktober 2000 vereinbart wurden. Für die Ergebnisse 2007 und 2008 sind jedoch die aktuellen Auslegungsregeln maßgeblich.

- 5.2. Der LRH stellte fest, dass mit dem Stabilitätsbeitrag von 126,1 Mio. Euro der Zielwert um mindestens 149,3 Mio. Euro unterschritten wurde. Ein positiver Beitrag war aber möglich, weil 2006 der Betriebsabgang und der Trägerselbstbehalt der Gespag von zusammen 226,9 Mio. Euro durch ein Darlehen des Landes (= Finanztransaktionen) bedeckt wurde. Weiters trugen Einmaleffekte wie der Verkauf landeseigener Liegenschaften an die LIG mit 9 Mio. Euro und die anrechenbaren Hochwasserschäden (4,6 Mio. Euro) zum Ergebnis bei.

Nach Ansicht des LRH ist bei der gegebenen Haushaltsstruktur der vereinbarte Stabilitätsbeitrag nicht zu erreichen. Da ab 2007 zur Ermittlung des Stabilitätsbeitrages die jeweils aktuellen Auslegungsregeln des ESVG 95 zugrunde gelegt werden und es für die Länder generell immer schwieriger wird, Überschüsse in der geforderten Höhe zu erzielen, steht zwar eine Reduzierung des vereinbarten Stabilitätsbeitrages von derzeit 0,7 % des BIP in Diskussion. Dennoch wird das Land Oö. gefordert sein, weitere stabilitätsorientierte Schritte zu setzen wie zB Ausgaben einzusparen und anstelle von verlorenen Zuschüssen Förderungen in Form von Darlehen zu gewähren.

Darlehen Gespag

- 6.1. Im Jahr 2005 schlug die Statistik Austria zur Erhöhung des Maastricht-Überschusses unter anderem vor, Betriebsabgänge der Landeskrankenanstalten nicht durch Subventionen und Vermögenstransfers, sondern so wie andere Bundesländer auch mittels finanzieller Transaktionen (Darlehen) zu finanzieren. Diesen Vorschlag hat das Land Oö. ab VA 2006 aufgegriffen. Im Jahr 2006 belief sich der mit 4 % verzinste Darlehensbetrag für die Betriebsabgangsdeckung der Gespag auf 190,2 Mio. Euro und für den Trägerselbstbehalt auf 36,7 Mio. Euro. In der Zwischenzeit hat sich allerdings Eurostat generell gegen die Übernahme des Darlehensmodells in die VGR-Konten ausgesprochen, sodass derartige Finanztransaktionen aus Sicht von Eurostat im Sinne des ESVG 95 nicht defizitmindernd bzw. überschusserhöhend berücksichtigt werden.
- 6.2. Nach Ansicht des LRH sollte in Hinkunft von der Darstellung der Deckung des Betriebsabganges und des Trägerselbstbehaltes durch Darlehen Abstand genommen werden. Diese Darstellung ist im Sinne des ESVG 95 nicht defizitmindernd bzw. überschusserhöhend und kann letztmalig 2006 auf den Beitrag nach dem Österreichischen Stabilitätspakt angerechnet werden. Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist die Darlehensdarstellung problematisch. Sie führt im Landeshaushalt zu hohen Darlehensforderungen. Die Rückzahlung dieser Darlehen bedingt aber entsprechend hohe Gespafterzuschüsse des Landes im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung.

Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnung

- 7.1. Zur Feststellung, inwieweit die Haushaltsrechnung ordnungsgemäß und vollständig aus der Buchhaltung abgeleitet wurde, nahm der LRH zwei verschiedene Summen-

und Saldenabfragen aus dem SAP-System vor. Bei der Abfrage nach Haushaltsgruppen stimmten die Ergebnisse mit dem Zusammensatz der Einnahmen und Ausgaben im Band I des RA überein. Auch die weitere Abfrage nach finanzwirtschaftlicher Gliederung ergab ein vollständiges Gebarungsbild. Die Pflicht- und Ermessensausgaben des Jahres 2006 sind in der Anlage 1 dargestellt.

- 7.2. Aufgrund der Abfrageergebnisse bestätigte der LRH, dass alle im Jahr 2006 voranschlagswirksam verrechneten Einnahmen und Ausgaben in die Haushaltsrechnung aufgenommen wurden. Da der LRH in der voranschlagsunwirksamen Verrechnung keine haushaltswirksam zu verrechnenden Zahlungen vorfand, beurteilte er die Haushaltsrechnung 2006 als korrekt. Sie wurde unter Beachtung der Haushaltsvorschriften auch formell richtig erstellt.

Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung

- 8.1. Im Bericht zum VA 2006 legte der Ausschuss für Finanzen folgende finanzpolitische Vorgaben fest:

- Keine Politik zu Lasten nächster Generationen
- Keine Neuverschuldung
- Beibehaltung der Schuldenfreiheit
- Keine neuen Landessteuern bzw. Landesabgaben
- Erhalten des Triple A-Ratings durch internationale Agentur Standard & Poors
- Erreichen eines Maastricht-Überschusses beim Rechnungsabschluss 2006
- Absoluter Vorrang für investive Ausgaben vor den konsumtiven

- 8.2. Da der LRH klare finanzpolitische Ziele zur ziel- und ergebnisorientierten Budgetpolitik für wichtig hält, regte er bei früheren RA-Prüfungen an, diese Vorgaben zu konkretisieren. Dieser Empfehlung wurde im VA 2007 insoweit entsprochen, als die Schuldenfreiheit bzw. Neuverschuldung auf Finanzschulden präzisiert wurde.

Nach Meinung des LRH wurden die finanzpolitischen Vorgaben im Budgetvollzug grundsätzlich eingehalten. Hinsichtlich der Schuldenfreiheit hielt er fest, dass im Landeshaushalt aufgrund verfügbarer Rücklagen keine Finanzschulden (zB Bankdarlehen) aufgenommen wurden. Allerdings verlagerte das Land in den letzten Jahren vermehrt Fremdfinanzierungen auf andere Rechtsträger, die im Landeshaushalt Verwaltungsschulden oder bei den Beteiligungsunternehmen des Landes Verbindlichkeiten darstellen. Näheres dazu ist den Berichtsausführungen unter den Punkten 24 und 25 zu entnehmen.

Vollzug des Voranschlages

Voranschlag und Nachtragsvoranschlag

- 9.1. Der Oö. Landtag genehmigte am 7.12.2005 den VA 2006 und am 7.12.2006 den NVA 2006. Im Vergleich zum Vorjahr stellte sich das Budget wie folgt dar (Beträge in Mio. Euro):

	2005	2006
Ausgaben – VA	3.706,5	3.790,8
Ausgaben – 1. NVA	66,4	67,2
Gesamtausgaben	3.772,9	3.858,0
Einnahmen – VA	3.706,6	3.791,0
Einnahmen – 1. NVA	66,4	67,2
Gesamteinnahmen	3.773,0	3.858,2
Überschuss	0,1	0,2

Im NVA 2006 wurden insbesondere Mittel für Aufwendungen der Ordensspitäler (13 Mio. Euro) sowie für den Personalaufwand (10,2 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt. Die restlichen Mehrausgaben betrafen vor allem den Straßenneu- und -umbau, die Beteiligungen und den Sozialbereich (Grundversorgung). Die Bedeckung dieser Mehrausgaben erfolgte lt. Beilage zum Landtagsbeschluss hauptsächlich mit zusätzlichen Einnahmen aus Bedarfszuweisungen (13,8 Mio. Euro) und Ertragsanteilen¹ (50,6 Mio. Euro).

- 9.2. Der LRH stellte fest, dass das Land 2006 geringfügig mehr Nachtragsmittel benötigte als im Vorjahr. Aufgrund der günstigen Einnahmensituation bei den Ertragsanteilen war das relativ hohe Nachtragsbudget aus laufenden Einnahmen finanzierbar.

Abweichungsanalyse

- 10.1. Der Vergleich des VA inkl. NVA mit dem RA (ohne Ü-Mittel²) zeigte in Summe folgende Abweichungen (Beträge in Mio. Euro):

	VA inkl. NVA	RA 2006 ohne Ü-Mittel	Abweichung
Gesamtausgaben	3.858,0	3.963,7	+105,7
Gesamteinnahmen	3.858,2	3.943,9	+85,7
Ergebnis	0,2	-19,9	-20,1

- 10.2. Der LRH ermittelte die wesentlichen Abweichungen wie folgt:

- Mehrausgaben gegenüber dem VA fielen hauptsächlich bei den Landesstraßen (24 Mio. Euro), bei der Mittelbereitstellung an die LIG (12,8 Mio. Euro), bei den Beteiligungen (12,1 Mio. Euro) und bei der Abschreibung von Forderungen (15,4 Mio. Euro) an.
- Mehreinnahmen ergaben sich insbesondere durch nicht veranschlagte Einnahmen aus Veräußerungserlösen und vorzeitigen Darlehensrückzahlungen der LIG (20,1 Mio. Euro) und einer Einnahme von einer Wohnbaugenossenschaft (22 Mio. Euro). Nennenswerte Mindereinnahmen waren hingegen bei Erlösen

¹ Die Ertragsanteile setzten sich aus der Abrechnung für 2005 (15,8 Mio. Euro) und aus den laufenden Ertragsanteilen (34,8 Mio. Euro) zusammen.

² Die Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten wurde bei der Abweichungsanalyse außer Acht gelassen, da diese weder im VA noch in einem NVA budgetiert wurde. Die Bereinigung der Jahresrechnung 2006 um die RL-Bewegung (Zuführung: 262,7 Mio. Euro, Behebung: 282,6 Mio. Euro) soll zu einem klaren Bild über die Abweichungen beitragen.

aus Prozessführungen (-5 Mio. Euro), bei den Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe (-3,7 Mio. Euro) und bei den Bundesstraßen (-2,8 Mio. Euro) zu verzeichnen.

Der LRH merkte an, dass die Abweichungen gegenüber dem VA aus dem Bericht über die Haushalts- und Finanzlage der Landesbuchhaltung sowie aus den Erläuterungen zum RA hervorgehen.

Einnahmen- und Ausgabenrückstände

- 11.1. Die Einnahmenrückstände stiegen 2006 um 0,9 Mio. Euro auf 477,6 Mio. Euro an. Die Ausgabenrückstände sanken hingegen um 21,2 Mio. Euro auf 320,8 Mio. Euro. Dieser Rückgang ergab sich bei den übertragenen Mitteln auf das Folgejahr.
- 11.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Buchhaltung die Rückstände laufend beobachtete und die notwendigen Maßnahmen vornahm. Lediglich bei folgendem Einnahmerückstand besteht weiterer Handlungsbedarf:

Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse

- 12.1. Der offene Stand bei den Forderungen der Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse (VSt. 2/580101/8351/000) erhöhte sich 2006 von 11,4 Mio. Euro auf 12,2 Mio. Euro. Wie bereits mehrmals bei RA-Prüfungen festgestellt, weigert sich ein Großteil der Schlachthofbesitzer, die vom Land Oö. vorgeschriebenen Fleischuntersuchungsgebühren in voller Höhe anzuerkennen. In den bisher vom Unabhängigen Verwaltungssenat ergangenen Erkenntnissen wurde den Berufungen zu den bescheidmäßig festgesetzten Fleischuntersuchungsgebühren zum Teil stattgegeben und der Gebührenanspruch betragslich gekürzt. Aufgrund dieser Erkenntnisse ergaben sich für den Zeitraum Oktober 2002 bis einschließlich März 2006 Gebührenreduktionen von 3 Mio. Euro. Durch die analog zu den Erkenntnissen des UVS vorgenommenen Berufungsentscheidungen der Veterinärrechtsabteilung verminderten sich die Gebührenansprüche aus den Untersuchungszeiträumen vor Oktober 2002 um weitere 4 Mio. Euro. Für noch laufende Berufungen und Insolvenzen werden zusätzliche Berichtigungen von 2,7 Mio. Euro erwartet.
- 12.2. Da über die Gebührenberichtigungen von bisher insgesamt 7 Mio. Euro bereits durch die Berufungsinstanz endgültig entschieden wurde, wären diese Forderungen nach Meinung des LRH in der Haushaltsrechnung 2007 abzuschreiben. Ebenso sind die Gebührenansprüche bei den offenen Berufungen und Insolvenzfällen (zusammen ca. 2,7 Mio. Euro) entsprechend dem jeweiligen Ergebnis zu berichtigen (siehe auch Pkt. 37 des Berichtes).

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

- 13.1. Der Rechnungsquerschnitt basiert auf dem Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte im Überblick dar. Nachstehende Tabelle (in Mio. Euro) zeigt die Summen und Salden der Querschnittsrechnung des Landes in den Jahren 2004 bis 2006. Die Details dazu sind der Anlage 2 zu

entnehmen. Über die wesentlichen Veränderungen in der Haushaltsentwicklung berichten die Punkte 13 bis 16.

Bezeichnung	2004	2005	2006	Veränderung 05/06	
Laufende Gebarung					
Einnahmen	3.466,8	3.479,5	3.630,9	151,4	4,4%
Ausgaben	3.074,7	3.166,8	3.098,8	-68,0	-2,1%
Saldo 1: Ergebnis laufende Gebarung	392,1	312,7	532,1	219,4	70,2%
Vermögensgebarung					
Einnahmen	277,3	38,5	33,1	-5,4	-14,1%
Ausgaben	598,4	448,9	443,6	-5,3	-1,2%
Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-321,1	-410,4	-410,5	-0,1	0,0%
Saldo 1 und Saldo 2	71,0	-97,7	121,5	219,3	-224,3%
Finanztransaktionen					
Einnahmen	832,3	614,4	562,5	-51,9	-8,4%
Ausgaben	903,2	516,7	684,1	167,4	32,4%
Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	-71,0	97,7	-121,5	-219,3	-224,3%
Saldo 4: Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%

13.2. Der LRH stellte im Mehrjahresvergleich Folgendes fest:

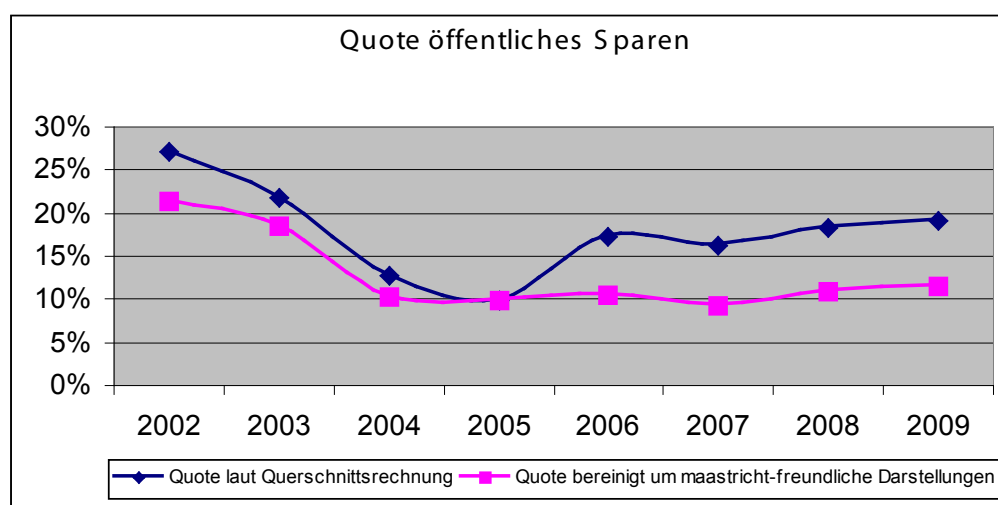
- Der Überschuss aus der laufenden Gebarung (Saldo 1) verminderte sich in den letzten Jahren ständig. Im Jahr 2006 wurde dieser Trend gebrochen. Der Überschuss erhöhte sich um 219,4 Mio. Euro auf 532,1 Mio. Euro. Diese Ergebnisverbesserung entstand durch Mehreinnahmen von 151,4 Mio. Euro und Ausgabeneinsparungen von 68 Mio. Euro. Nach Ansicht des LRH wuchs der finanzielle Spielraum aus der laufenden Gebarung aber nur durch die Einnahmenezuwächse, nicht aber durch die Ausgabeneinsparungen. Die Einsparung von 68 Mio. Euro ergab sich nur deshalb, weil die Betriebsabgangsdeckung für die Gespag erstmals als Darlehen im Rahmen der Finanztransaktionen dargestellt wurde. Der deutliche Einnahmenezuwachs resultierte hingegen aus zusätzlichen Einnahmen aus Ertragsanteilen, Bundeszuschüssen, Dividendenzahlungen und der Zahlung einer Wohnbaugenossenschaft.
- Die Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen gingen im Landeshaushalt seit Jahren zurück. Diese nachhaltige Tendenz ist vor allem auf Ausgliederungseffekte und neue Finanzierungsformen zurück zu führen. Das Land tätigt Investitionen verstärkt in den ausgegliederten Gesellschaften wie LIG und Gespag oder wickelt sie über andere Rechtsträger ab.
- Ein Maß für die Eigenfinanzierungskraft des Landes ist die Summe der Ergebnisse der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung (Saldo 1 und 2). Dieser Saldo war 2005 erstmals negativ (97,7 Mio. Euro). Im Jahr 2006 führte die Verlagerung der Abgangsdeckung der Gespag zu den Finanztransaktionen wieder zu einem

positiven Ergebnis (121,5 Mio. Euro). Dieser Saldo spiegelt im Wesentlichen den Finanzierungssaldo nach ESVG 95 (Maastricht-Ergebnis) im Sinne des österreichischen Stabilitätspaktes wider.

- Die Finanztransaktionen schwankten in den letzten 3 Jahren zwischen 516,7 Mio. und 903,2 Mio. Euro. Sie betrafen hauptsächlich Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit Beteiligungsunternehmen, Rücklagen und Darlehen. Während die Rücklagentransaktionen in den letzten Jahren zurückgingen, stiegen 2006 insbesondere die Ausgaben für die Gewährung von Darlehen an Beteiligungsunternehmen des Landes stark an.
- Das ausgeglichene Jahresergebnis wurde durch Rücklagenentnahmen im Rahmen der Finanztransaktionen herbeigeführt.

Laufende Gebarung – öffentliches Sparen

- 14.1. Das Ergebnis der laufenden Gebarung (=Öffentliches Sparen bzw. Saldo 1 des RQ) war in den letzten Jahren geprägt von stagnierenden Einnahmen und steigenden Ausgaben. Dadurch hat sich dieses Ergebnis in den Jahren 2002 bis 2005 mehr als halbiert. Im Jahr 2006 stieg der Saldo im RQ zwar an. Wenn man dieses Ergebnis aber um maastricht-freundliche Darstellungen³ bereinigt, zeigt sich, dass der frei verfügbare Überschuss der laufenden Gebarung 2005 bei 312,7 Mio. Euro und 2006 bei 341,9 Mio. Euro lag. In Relation zu den laufenden Ausgaben ergab die Quote öffentlichen Sparens folgendes Bild:



- 14.2. Für den LRH stellt der bereinigte Überschuss aus der laufenden Gebarung den finanziellen Spielraum des Landes für Investitionen und andere Vermögenstransfers dar. Diese „freie Finanzspitze“ ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Diesen nachhaltigen Trend zeigte die bereinigte Sparquote sehr deutlich. Immerhin sank diese Quote von 21 % auf

³ Bis einschließlich 2004 wurde die Betriebsabgangsdeckung auf die Kapitalerstattung der Gespag angerechnet und die unbare Entnahme als maastricht-freundliche (Verrechnungs-)Einnahme dargestellt. 2005 gab es keine derartigen Verrechnungen. Im RA 2006, im VA 2007 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2009 wurden durch die Umstellung des Zuschusses auf Darlehen für die Betriebsabgangsdeckung der Gespag laufende Ausgaben des Landes in die maastricht-neutralen Finanztransaktionen verlagert.

etwa 10 % ab und die mittelfristige Finanzplanung lässt in den nächsten Jahren nur eine leichte Verbesserung erwarten. Die Umstellung der Abgangsdeckung der Gespag war aus der Sicht des LRH nicht geeignet, den Spielraum zu erhöhen. Für eine strukturell bessere Haushaltssituation sind im Bereich der laufenden Gebarung Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen nötig. Die gesunkene Sparquote des Landes Oö. lag 2005 im Bundesländervergleich auf Platz 4 bzw. im Mittelfeld der Bundesländer (ohne Wien).

Wie aus der Anlage 2 im Detail hervorgeht, veränderte sich die laufende Gebarung 2005/2006 vor allem wie folgt:

Einnahmen:

- Das im Bundesländervergleich extrem niedrige Steueraufkommen (KZ 10) bewirkte nicht einmal 0,7 % der Einnahmen des Landes. Wie der LRH bereits bei früheren RA-Prüfungen meinte, wären in diesem Bereich zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu suchen.
- Die Ertragsanteile (KZ 11) und die laufenden Transferzahlungen von öffentlichen Rechtsträgern (KZ 14) sind die Haupteinnahmen des Landes. Allein bei den Ertragsanteilen wurden 2006 aufgrund der guten konjunkturellen Lage Mehreinnahmen von 42,8 Mio. Euro erzielt. Die zusätzlichen Transfereinnahmen von 86,2 Mio. Euro stammten größtenteils vom Bund und betrafen hauptsächlich Bedarfszuweisungen für Gemeinden (+22,8 Mio. Euro), Kostenersätze für Personalkosten der Landeslehrer (+16 Mio. Euro) und Ersätze für die Grundversorgung der Asylwerber (+15,3 Mio. Euro). Weitere Mehreinnahmen von 18,8 Mio. Euro resultierten aus den Krankenanstaltenbeiträgen der Gemeinden (+11,3 Mio. Euro) und einem Zuschuss der Stadt Linz für die TOG (7,5 Mio. Euro).
- Die Einnahmen aus Leistungen (KZ 12) gingen 2006 um 14,1 Mio. Euro zurück, weil die Verwaltung und Erhaltung der Autobahnen an die ASFINAG ausgegliedert wurde. Durch diese Maßnahme fielen in diesem Bereich allerdings auch Ausgaben für den Personal- und Sachaufwand weg.
- Die Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit (KZ 13) erhöhten sich 2006 um 9,1 Mio. Euro. Dieser Zuwachs ergab sich aus Erträgen der Beteiligungsunternehmen (+7,7 Mio. Euro) und einer Pönalforderung im Rahmen des Winterdienstes bei der Straßenerhaltung (3,5 Mio. Euro).
- Die Einnahmewüchse bei den sonstigen laufenden Transfers (+11,8 Mio. Euro bei KZ 15) zeigten sich bei den Pensionsbeiträgen, denen auch höhere Ausgaben gegenüber standen.
- Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr bei den Einnahmen aus Veräußerung und sonstigen Einnahmen (+16 Mio. Euro bei KZ 16) resultierte aus 22 Mio. Euro, die im Zusammenhang mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit einer Wohnungsgesellschaft standen. Da diese einmaligen Einnahmen mit einer notwendigen Forderungsabschreibung von 13 Mio. Euro verbunden waren und die restlichen 9 Mio. Euro im Wege der Rücklagen auf das Folgejahr übertragen wurden, beeinflussten sie das Haushaltsergebnis per Saldo nicht.

Ausgaben:

- Die Personalausgaben (KZ 20) erhöhten sich 2006 um 27,4 Mio. Euro bzw. 2,7 %. Auch bei den Pensionen (KZ 21) ergaben sich um 12,1 Mio. Euro bzw. 3 % höhere Aufwendungen. Die Bezüge der gewählten Organe (KZ 22) blieben in den letzten Jahren hingegen auf nahezu unverändertem Niveau.
- Die Gebrauchsgüter (KZ 23) und der Verwaltungs- und Betriebsaufwand (KZ 24) stiegen 2006 zwar weiter an. Die Mehrausgaben von zusammen 21 Mio. Euro resultierten aber größtenteils aus buchmäßigen Ausgaben für Forderungsberichtigungen und anderen Verrechnungsmodalitäten (insgesamt 18,8 Mio. Euro). Ohne diese Darstellungen ergaben sich echte Mehrausgaben vor allem durch den Ankauf von Impfstoffen und gestiegene Aufwendungen für Straßeninstandhaltungen, kulturelle Veranstaltungen, Eingliederungs- und Unterbringungshilfen sowie mobile Pflegehilfen.
- Die laufenden Transferzahlungen an öffentliche und private Rechtsträger (KZ 26 und 27) gingen 2006 um 128,7 Mio. Euro zurück. Diesen Rückgang ermöglichte die Verlagerung der Betriebsabgangdeckung der Gespag von 190,2 Mio. Euro zu den Finanztransaktionen. Ohne diesen Effekt wären die laufenden Transferzahlungen um 61,5 Mio. Euro weiter gestiegen. Hauptverantwortlich dafür waren höhere Transfers für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft (+8,5 Mio. Euro in HHGr. 2), Kunst und Kultur (+11,8 Mio. Euro in HHGr. 3), Soziales (+10,2 Mio. Euro bei UA 41 bis 46), Gesundheit (+14 Mio. Euro in HHGr. 5), Straßenbau und Verkehr (+13,3 Mio. Euro in HHGr. 6) und Dienstleistungen (+9,9 Mio. Euro in HHGr. 8). Nach Ansicht des LRH ist es notwendig, dem steigenden Trend der Transferzahlungen durch Ausgabeneinsparungen bei Förderungen entgegenzuwirken und die Transferbeziehungen möglichst zu verringern.

Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- 15.1. Die Einnahmen aus Vermögensverkäufen (KZ 30, 31) und erhaltenen Kapitaltransfers (KZ 34, 35) beliefen sich 2004 auf 277,3 Mio. Euro, 2005 auf 38,5 Mio. Euro und 2006 auf 33,1 Mio. Euro. Der Einnahmenrückgang von 5,4 Mio. Euro im Jahr 2006 kam zustande, weil weniger Grundstücke an die LIG übertragen werden konnten und die Bundesmittel nach dem Ökostromgesetz und die EFRE-Mittel zurückgingen.

Die Ausgaben der Vermögensgebarung (KZ 40 bis 45) sanken im Zeitraum 2004 bis 2006 von 598,4 Mio. Euro auf 443,6 Mio. Euro.

- 15.2. Hinsichtlich der Einnahmenentwicklung hielt der LRH fest, dass die Erlöse aus Vermögensverkäufen größtenteils aus der liquiditätsmäßig neutralen Übertragung landeseigener Grundstücke an die LIG erzielt wurden. Mit den im Jahr 2006 vorgenommenen Liegenschaftstransaktionen (9 Mio. Euro) sind diese Möglichkeiten gänzlich erschöpft. Auch sonst lässt die mittelfristige Finanzplanung keine größeren Einmalere Erlöse aus dem Verkauf von beweglichem und unbeweglichem Vermögen mehr erwarten.

Die rückläufige Entwicklung bei den Ausgaben der Vermögensgebarung ist nach Ansicht des LRH primär auf die Verlagerung der Investitionstätigkeit auf die LIG und Gespag sowie auf die geringer werdenden Investitionen zur Beseitigung von Hochwasserschäden zurückzuführen. Über das tatsächliche Ausmaß der hohen Investitionstätigkeit des Landes

einschließlich der ausgelagerten Bereiche gibt der RA des Landes alleine keine ausreichenden Informationen. Das Investitionsausmaß wird jedoch jährlich vom Landesfinanzreferenten dem Oö. Landtag mitgeteilt. Im Landeshaushalt 2006 fielen für den Vermögenserwerb (KZ 40 bis 42) 93,4 Mio. Euro an. Wesentlich höhere Ausgaben von 350,2 Mio. Euro verursachten die Kapitaltransferzahlungen an öffentliche und private Rechtsträger. Obwohl in diesem Bereich der Mitteleinsatz zur Behebung von Katastrophenschäden stark zurückging, wurden in Summe nur etwa 10,4 Mio. Euro eingespart. Mehrausgaben zeigten sich vor allem bei der Förderung von Gemeinden und Gemeindeverbänden (+20,5 Mio. Euro), die großteils aus Bedarfszuweisungen und übertragbaren Mitteln bedeckt wurden. Weitere Schwerpunkte gab es bei der Förderung von Biomasseanlagen und Russpartikelfiltern (+4,4 Mio. Euro), Einrichtungen der Behindertenhilfe (+2,7 Mio. Euro) und Nahverkehr (+8,4 Mio. Euro).

Nach Ansicht des LRH erfordert eine stabilitätsorientierte Ausrichtung der Budgetpolitik beim derzeit verfolgten Ziel, keine Neuverschuldung einzugehen, weitere Einsparungen bei den Investitionen und bei den Kapitaltransfers. Im Förderbereich wird es notwendig sein, anstelle von verlorenen Investitionszuschüssen vermehrt Förderungsdarlehen zu gewähren. Während es in den Jahren des geringen Wirtschaftswachstums und einer höheren Arbeitslosenrate durchaus sinnvoll war, mit öffentlichen Investitionen arbeitsmarktpolitische Impulse zu geben, sollte aufgrund der derzeitigen konjunkturellen Lage das Land Oö. in seiner Investitionspolitik antizyklisch vorgehen und Investitionsausgaben möglichst zurück nehmen bzw. auf Folgejahre verschieben.

Finanztransaktionen

- 16.1. Die Einnahmen aus Finanztransaktionen fielen im Zeitraum 2004 bis 2006 von 832,3 Mio. Euro auf 562,5 Mio. Euro. Im Jahr 2006 betrafen sie hauptsächlich Rücklagenentnahmen (526 Mio. Euro bei KZ 52) und Rückflüsse aus gewährten Darlehen (36,4 Mio. Euro bei KZ 53, 54).

Die Ausgaben aus Finanztransaktionen schwankten in den Jahren 2004 bis 2006 zwischen 516,7 Mio. Euro und 903,2 Mio. Euro. Sie umfassten den Erwerb von Beteiligungen, Rücklagenzuführungen und die Gewährung von Darlehen.

- 16.2. Der LRH stellte fest, dass die Rücklagenentnahmen im Vergleich 2005 mit 2006 um 46,2 Mio. Euro rückläufig waren. Dies vor allem deshalb, weil die Übertragungsmittel um 39,5 Mio. Euro niedriger waren und um 13,2 Mio. Euro weniger aus der Haushalts-RL behoben wurden. Von den Darlehensrückflüssen (36,5 Mio. Euro) stammten 24 Mio. Euro von der LIG, die aufgrund von Liegenschaftsveräußerungen Darlehen im Ausmaß von 6,7 Mio. Euro vorzeitig tilgte.

Die Ausgaben aus Finanztransaktionen erhöhten sich 2005/06 in Summe um 167,4 Mio. Euro. Während der Mitteleinsatz für den Erwerb von Beteiligungen (KZ 60) und Rücklagenzuführungen (KZ 62) um 44,4 Mio. Euro zurück ging, stiegen die Ausgaben für die Gewährung von Darlehen (KZ 63, 64) um 211,9 Mio. Euro an. Die Mehrausgaben bei den Darlehen resultierten aus Gesellschafterdarlehen für den Betriebsabgang (190,2 Mio. Euro) und den Trägerselbstbehalt (36,7 Mio. Euro) der Gespag.

Nachweise zur Haushalts- und Finanzsituation

Der LRH überprüfte die für die Haushalts- und Finanzsituation des Landes Oö. maßgeblichen Nachweise⁴ zum RA 2006. Seine wesentlichen Feststellungen dazu sind in den Punkten 17 bis 30 dargestellt. Die Nachweise sind im Band III des RA enthalten.

Personal

- 17.1. Die Leistungen für Personal betragen im Jahr 2006 insgesamt 1.024,4 Mio. Euro. Sie verteilen sich auf die drei Bereiche „Verwaltung“, „Unterricht“ und „wirtschaftliche Unternehmen“ wie folgt (Beträge in Mio. Euro):

Personalausgaben	2005	2006	+ / - absolut	+ / - Prozent
Verwaltung	406,7	412,2	+5,5	+1,3 %
Unterricht ⁵	590,2	612,1	+21,9	+3,7 %
Zwischensumme	996,9	1.024,3	+27,4	+2,7 %
Wirtsch. Unternehmen	15,7	0,1	-15,6	-99,3 %
Personalausgaben gesamt	1.012,6	1.024,4	+11,8	+1,2 %

Im VA 2006 waren die Personalausgaben mit 1.007,5 Mio. Euro veranschlagt. Im NVA 2006 wurden zusätzliche 10,2 Mio. Euro bereitgestellt.

- 17.2. Der LRH anerkannte die Bemühungen in der Personalbewirtschaftung, die Ausgabensteigerungen gering zu halten. Dies zeigte sich auch in der ursprünglich knappen Budgetierung für 2006 (insgesamt 1.007,5 Mio. Euro), wo im Bereich Verwaltung wegen der Ausgliederung der gesamten Autobahnverwaltung zur ASFINAG mit reduzierten Personalausgaben gerechnet wurde. Dieser Ausgabenrückgang betrug letztlich 6,7 Mio. Euro gegenüber 2005.⁶ Das vor allem aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhung von 2,7 % erforderliche Nachtragsbudget verdeutlichte nach Ansicht des LRH, dass erstmals zu geringe Reserven im Personalbudget eingeplant waren.

⁴ Vom LRH wurden folgende Nachweise überprüft:

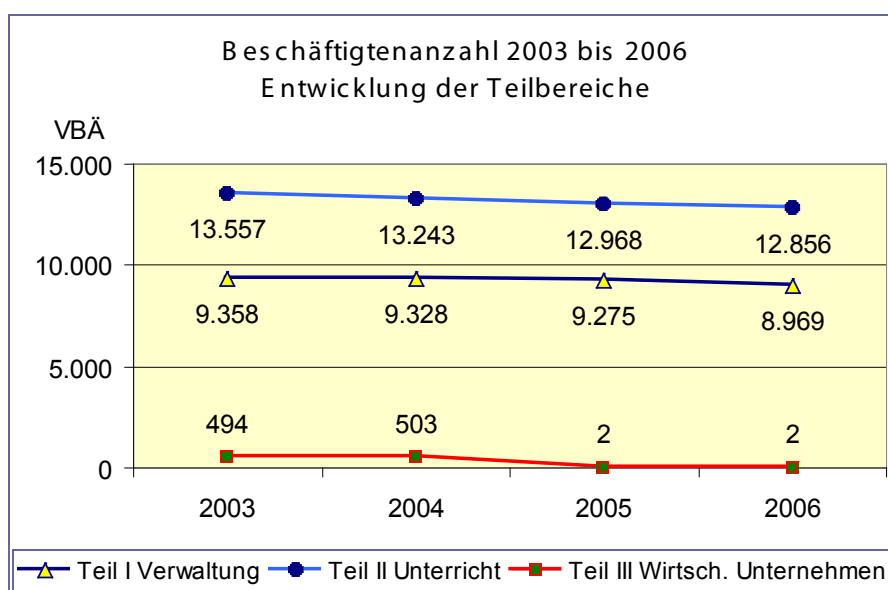
- Nachweise 2a und 2b über die Leistungen für Personal sowie für Pensionen und sonstige Ruhebezüge
- Nachweise 5a und 5b über die Rücklagenzuführungen und –entnahmen
- Nachweis 6 über den Schuldenstand und Schuldendienst
- Nachweise 7a und 7b über gegebene Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen
- Nachweis 8 über noch nicht fällige Verwaltungsschulden
- Nachweise 9a und 9b über Wertpapiere und Beteiligungen
- Nachweis 10 über Haftungen
- Nachweise 11a und 11b über die Anzahl der beschäftigten Dienstnehmer sowie die Anzahl der Ruhe- und Versorgungsberechtigter
- Nachweise 12a und 12b über die Verwahrgelder und Vorschüsse
- Nachweis 14 über den Rechnungsquerschnitt

⁵ Die Ausgaben im Bereich Unterricht werden aufgrund des Finanzausgleichs größtenteils vom Bund refundiert.

⁶ Die tatsächliche Übernahme des Autobahnbereiches durch die ASFINAG Autobahn Service GmbH Nord erfolgte per 1.5.2006.

Bei den wirtschaftlichen Unternehmen schlug sich im Vergleich zum RA 2005 die Ausgliederung des Bruckner-Orchesters und des Landestheaters Linz per 1.9.2005 in die Oö. Theater und Orchester GmbH (TOG) mit -15,6 Mio. Euro nieder.

- 18.1. Das im Bereich Verwaltung enthaltene Oö. Landesmusikschulwerk (TA 32021) wies im Jahr 2006 Personalausgaben von 51,3 Mio. Euro aus. Der ursprüngliche Voranschlagsbetrag von 49,6 Mio. Euro wurde mit Nachtragsmitteln von 450.000 Euro aufgestockt.
- 18.2. Wie der LRH bereits im Vorjahr feststellte, stiegen die Personalausgaben beim Oö. Landesmusikschulwerk in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Auch 2006 lagen die Ausgaben um 1,9 Mio. Euro bzw. 3,9 % über dem Vorjahreswert von 49,4 Mio. Euro. Aufgrund der Personalstruktur im Musikschulbereich setzte sich der Trend überdurchschnittlicher Personalausgabensteigerungen fort. Der LRH hielt daher weitere Schritte zur Kostendämpfung in diesem Bereich für notwendig. Erste Entlastungseffekte im Landeshaushalt waren für den LRH durch die Erhöhung der vollen Lehrverpflichtung für neu eintretende Musikschullehrerinnen und –lehrer sowie durch Mehreinnahmen an Musikschulbeiträgen (2006 +5,7 % bzw. 389.000 Euro) erkennbar.
- 19.1. Der Nachweis über die Anzahl der beschäftigten Dienstnehmer wies zum 31.12.2006 für alle drei Bereiche insgesamt 21.828 Beschäftigte (Vollbeschäftigtenäquivalente/VBÄ) aus. Die mehrjährige Entwicklung der Personalstände in den drei Teilbereichen stellt folgende Grafik dar:



- 19.2. Der LRH stellte fest, dass der Trend beim Beschäftigtenstand in allen drei Teilbereichen fallend ist. Im Jahr 2006 betrug der Rückgang an Beschäftigten im Verwaltungsbereich 306 Vollzeitäquivalente. Dabei entfiel ein wesentlicher Anteil auf die ausgegliederte Autobahnverwaltung (per 31.12.05: 256 VBÄ). Andere Reduktionen waren durch Einsparungen in der Personalbewirtschaftung möglich. Beispielsweise verringerte sich beim Amt der Landesregierung (Amtsbetrieb) der Beschäftigtenstand um 27 VBÄ. Auch das Oö. Landesmusikschulwerk wies einen um 5 VBÄ geringeren Stand aus. Trotz des allgemeinen Rückganges im Bereich Verwaltung kam es gleichzeitig zu Personal-

aufstockungen in einigen Bereichen wie bei den Landespflege- und Betreuungszentren (+14 VBÄ) und den Bezirkshauptmannschaften (+18 VBÄ).

Pensionen

- 20.1. Die Leistungen für Pensionen und sonstige Ruhebezüge beliefen sich 2006 auf insgesamt 415,3 Mio. Euro (Vorjahr: 400,3 Mio. Euro). Davon entfielen auf den Bereich Verwaltung 192,9 Mio. Euro, Unterricht 219,2 Mio. Euro und Vertretungskörper 3,2 Mio. Euro. Im Jahr 2006 wurden erstmals die im Bereich Verwaltung gewährten Pflegegelder (3,1 Mio. Euro) in den Nachweis aufgenommen. Per 31.12.2006 gab es insgesamt 13.134 Ruhe- und Versorgungsbezugsempfänger (Vorjahr: 13.119).
- 20.2. Der LRH stellte bei den Ausgaben für Pensionen und sonstige Ruhebezüge eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von insgesamt 15 Mio. Euro bzw. 3,7 % fest. Darin sind die erstmals ausgewiesenen Pflegegelder von 3,1 Mio. Euro enthalten.

Rücklagen

Rücklagenstand

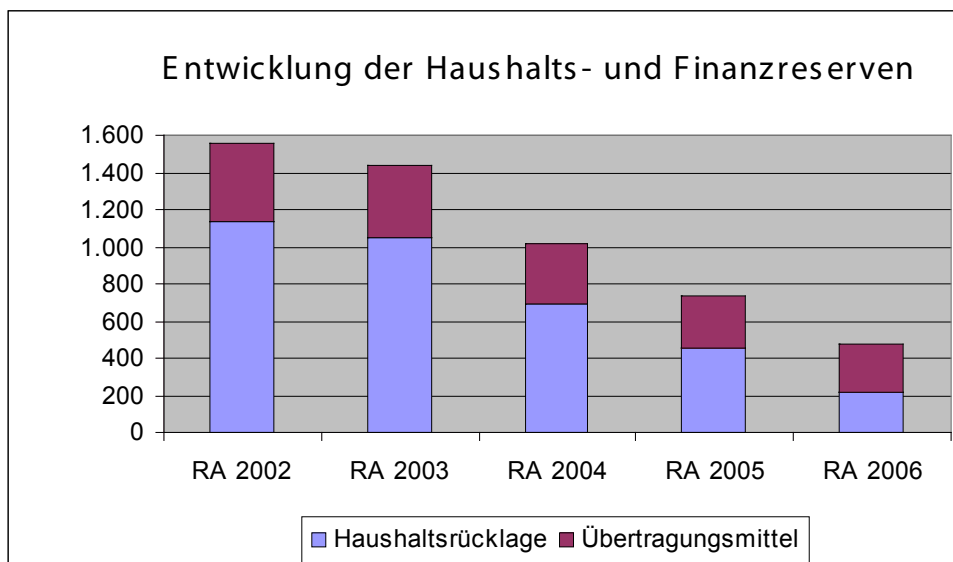
- 21.1. Der buchmäßige Stand an Rücklagen (Soll) ging im Jahr 2006 um 247,5 Mio. Euro von ursprünglich 764,9 Mio. Euro auf 517,4 Mio. Euro zurück. Die finanzielle Bedeckung (Ist) der Rücklagen verminderte sich um 227,3 Mio. Euro von 481,9 Mio. Euro auf 254,6 Mio. Euro. Im Detail ergaben sich Veränderungen vor allem bei der Haushaltsrücklage und bei der Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten (in Mio. Euro):

	Soll			Ist		
	2005	2006	Veränderung	2005	2006	Veränderung
Gebundene RL ⁷	32,4	36,1	3,7	32,0	36,0	4,0
RL für Pilotprojekte Flexiklausel	1,2	1,1	- 0,1	1,2	1,1	- 0,1
Haushaltsrücklage	448,7	217,5	- 231,2	448,7	217,5	-231,2
Zwischensumme	482,3	254,7	-227,6	481,9	254,6	-227,3
RL zur Übertragung von Ausgabekrediten	282,6	262,7	-19,9	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	764,9	517,4	- 247,5	481,9	254,6	- 227,3

Zum 31.12.2006 war ein Teil der Ist-Rücklagen in Genussrechten und Wertpapieren (82,1 Mio. Euro) veranlagt. Die restlichen Ist-Rücklagen (172,5 Mio. Euro) stärkten die Liquidität im Kassenbestand. Der Unterschiedsbetrag zwischen Soll- und Ist-Rücklagen (262,8 Mio. Euro) resultiert im Wesentlichen aus der buchmäßigen RL zur Übertragung von Haushaltskrediten, die erst bei Inanspruchnahme in den Folgejahren mit liquiden Mitteln zu bedecken ist.

⁷Die gebundenen Rücklagen sind: RL für Pensionen aus öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis, RL für Pensionen der Gemeindebediensteten, Bürgschaftssicherungsrücklage nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und Bürgschaftssicherungsrücklage nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen.

- 21.2. Der LRH stellte fest, dass die Haushalts-RL und die übertragbaren Mittel in den letzten Jahren abgebaut wurden. Diese Haushalts- und Finanzreserven des Landes zeigten folgende Entwicklung:



Wie der LRH bereits in der RA-Prüfung 2005 feststellte, muss das Land Oö. ab 2007 entweder neue Haushaltsrücklagen mit liquiden Mitteln aus Vermögensveräußerungen (zB Wohnbauförderungsdarlehen oder Beteiligungsunternehmen) aufbauen oder Fremdmittel zum Haushaltsausgleich aufnehmen, wenn es nicht gelingt, die Haushaltsstruktur nachhaltig zu verbessern.

Haushaltsrücklage

- 22.1. Die Haushalts-RL stammt größtenteils aus Vermögensveräußerungen im Jahr 2002. Sie wurde in den letzten Jahren sukzessive abgebaut. Diese RL verminderte sich 2006 abermals von 448,7 Mio. Euro auf 217,5 Mio. Euro. Die RL-Entnahme von 231,2 Mio. Euro blieb aber um 0,8 Mio. Euro unter dem veranschlagten Betrag.

Von der Haushalts-RL waren 65 Mio. Euro durch erworbene Genussrechte an der Beteiligungs- und Wohnanlagen GmbH & Co OEG gebunden.⁸ Die restlichen 152,5 Mio. Euro waren ursprünglich beim Bund kurzfristig veranlagt und wurden gegen Jahresende zur Stärkung der Liquidität im Kassenbestand benötigt. Aus der Haushalts-RL erwirtschaftete das Land 2006 Zinserträge von insgesamt 8,7 Mio. Euro.

- 22.2. Aufgrund des hohen jährlichen Mitteleinsatzes aus der Haushalts-RL prognostizierte der LRH bereits im Vorjahr, dass

⁸Weitere langfristig veranlagte 15 Mio. Euro zählen nicht zur allgemeinen Haushaltsrücklage, sondern zu den (zweck-)gebundenen Rücklagen. Diese sind in Form von Hypo-Hybridkapital für Pensionen aus öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis veranlagt. Beim Hypo-Hybridkapital handelt es sich um nicht-kumulative Vorzugszertifikate mit unendlicher Laufzeit. Emittent des Wertpapiers mit einer Netto-Rendite von 7,25 % ist eine 100 % Tochtergesellschaft der Oö. Landesbank AG.

- die kurzfristig veranlagten Mittel bis Jahresende 2006 zur Bedeckung des Haushaltsbedarfes und zur Sicherstellung der Liquidität benötigt werden und
- bei einem weiteren Abbau der Haushalts-RL der erforderliche Kassenbestand voraussichtlich nur mehr durch Aufnahme von Fremdmitteln oder weiteren Forderungsverkäufen geschaffen werden kann.

Nach Ansicht des LRH kann das Land Oö. aufgrund seiner soliden Finanzsituation durch Veräußerung langfristiger Vermögenswerte wie zB Forderungsverkäufe wieder kurzfristig verfügbare Rücklagen aufbauen. Allerdings wird dadurch das strukturelle Haushaltsproblem von zu niedrigen Einnahmen bei relativ hohen Ausgaben nicht dauerhaft gelöst. Immerhin werden beim vollständigen Verkauf der WBF-Darlehen über Jahre hinweg Einnahmen aus Darlehensrückflüssen von jährlich ca. 15 bis 20 Mio. Euro wegfallen, was den zukünftigen Haushaltsausgleich erschwert. Als Alternative zum Vermögensverkauf müsste das Land massiv Ausgaben einsparen oder Fremdmittel aufnehmen, was wiederum zu Zinszahlungen bzw. zusätzlicher Haushaltsbelastung durch Neuverschuldung führt.

Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten

- 23.1. Unter bestimmten Voraussetzungen können die Bewirtschafter Haushaltskredite mittels RL-Zuführung auf das Folgejahr übertragen. Im Jahr 2006 wurden 262,7 Mio. Euro für das Folgejahr reserviert. Dieser buchmäßige Mittelübertrag war um 19,9 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr und ist seit mehreren Jahren rückläufig.
- 23.2. Der LRH stellte fest, dass der neuerliche Rückgang der übertragenen Mittel großteils durch den Mitteleinsatz für Bedarfszuweisungen an Gemeinden zustande kam. In diesem Bereich wurden die übertragenen Mittel aus der inneren Anleihe des Jahres 2004 verwendet. Insgesamt war der Stand der übertragenen Mittel in den letzten 10 Jahren noch nie so niedrig wie im Jahr 2006. Dies hatte inzwischen zur Folge, dass die buchmäßige Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten wesentlich geringer wurde als die buchmäßige Soll-Verschuldung (421,8 Mio. Euro - siehe Punkt 24).

Schulden

Nach der VRV sind Schulden der öffentlichen Hand in Finanzschulden und Verwaltungsschulden zu gliedern. Bei Finanzschulden handelt es sich in Anlehnung an § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes im Wesentlichen um Geldverbindlichkeiten, die zur Verschaffung von Deckungsmitteln für den eigenen Haushalt aufgenommen werden oder um außergewöhnliche Finanzierungserleichterungen, bei denen die Zahlung auf mehr als 10 Jahre hinausgeschoben wird. Andere Verbindlichkeiten, deren Rechtsgültigkeit und Höhe zwar feststeht, deren Fälligkeit aber am Schluss des Finanzjahres noch nicht eingetreten ist, stellen noch nicht fällige Verwaltungsschulden dar.

Verbindlichkeiten der Beteiligungsunternehmen sind im RA des Landes grundsätzlich nicht auszuweisen, es sei denn das Land übernahm dafür eine Haftung oder Rückzahlungsverpflichtung.

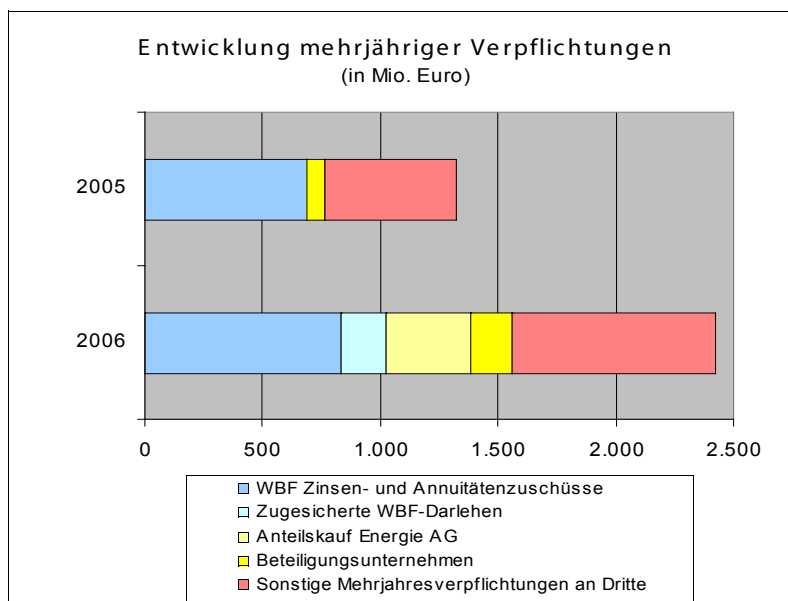
Finanzschulden

- 24.1. Das Land Oö. hatte im Jahr 1995 Ist-Finanzschulden von 828,6 Mio. Euro. In den Jahren 1996 bis 2001 baute das Land diese Schulden sukzessive ab und ist seit dem Jahr 2002 frei von Finanzschulden. Der im Nachweis aufscheinende Soll-Schuldenstand von 421,8 Mio. Euro stellt eine buchmäßige Größe dar, die auf die noch nicht ausgenutzte Ermächtigung zur Darlehensaufnahme aufgrund der Abgangsdeckung der Vorjahre hinweist.
- 24.2. Nach Ansicht des LRH ist anzuerkennen, dass das Land Oö. Vermögensveräußerungen wie den Verkauf von WBF-Darlehen teilweise dazu nutzte, die Finanzschulden gänzlich zu tilgen. Seither war das Land in seiner Finanzpolitik bemüht, finanzielle Erfordernisse ohne neue Finanzschuldtaufnahmen zu erfüllen. Dadurch war es erforderlich, den Finanzbedarf nicht nur durch Rücklagenentnahmen zu decken, sondern für Investitionsfinanzierungen vermehrt auch andere Lösungen zu suchen. Die daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen stellen einen Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden dar wie beispielsweise
- die Rückzahlungsverpflichtung aus Darlehen der Ordenskrankenhäuser für Investitionen (196 Mio. Euro),
 - die Vorfinanzierungen im Straßenbau (105,1 Mio. Euro),
 - der Fremdfinanzierungsanteil der Gespag (60 Mio. Euro) und der LIG (8,2 Mio. Euro),
 - die Mietzahlungsverpflichtungen der nächsten 18 Jahre aus dem Neubau des Landesdienstleistungszentrums (118,3 Mio. Euro) sowie
 - die Zahlungsverpflichtung aus dem Rückkauf von Anteilen der Energie AG (354,7 Mio. Euro), die 2007 durch eine Fremdmittelaufnahme erfüllt wurde.

Um weiter frei von Finanzschulden zu bleiben, ist lt. VA 2007 geplant, Geschäftsanteile der Energie AG wieder zu veräußern.

Noch nicht fällige Verwaltungsschulden

- 25.1. Die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden umfassen die Vorbelastungen des Landesbudgets, gleichgültig ob sie in einem oder in mehreren Folgejahr(en) fällig werden. Dabei handelt es sich in erster Linie um rechtsverbindliche Mehrjahresverpflichtungen des Landes, die zwar vom Oö. Landtag beschlossen wurden, jedoch nicht zwangsläufig zu einer Budgetausweitung in den Folgejahren führen. Diese Mehrjahresverpflichtungen sind alljährlich von den Bewirtschaftern der Landesbuchhaltung zur Aufnahme in den Nachweis zu melden. Aufgrund der Bewirtschaftermeldungen ergaben sich zum Ende des Finanzjahres 2006 noch nicht fällige Verwaltungsschulden von insgesamt 2.423 Mio. Euro. Dieser Stand war um 1.097 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Die Entwicklung stellte sich folgendermaßen dar:



25.2. Die Veränderung 2005/06 ist nach Ansicht des LRH auf folgende Mehrjahresverpflichtungen zurück zu führen:

- Zugesicherte Zinsen- und Annuitätzuschüsse im Rahmen der Wohnbauförderung (+149,6 Mio. Euro)
- Zugesicherte WBZ-Darlehen (191,1 Mio. Euro), die erstmals im Nachweis evident gehalten werden
- Zahlungsverpflichtung von 354,7 Mio. Euro aus dem Rückkauf von Anteilen der Energie AG
- Zahlungsverpflichtungen für Sub-Beteiligungsunternehmen des Landes wie Fachhochschulen, TOG, LIG und Gespag (+93,7 Mio. Euro)
- sonstige Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten (+307,5 Mio. Euro), die vor allem den Ausbau der Straßenbahn auf das Harter Plateau (+150 Mio. Euro), die Vorfinanzierungen im Straßenbau (+54,6 Mio. Euro), die Ordenskrankenhäuser (+38,3 Mio. Euro), das Grundwasserprogramm 2010 (+20,2 Mio. Euro) und den Oö. Gründerfonds (+16,2 Mio. Euro) betreffen.

Im Übrigen anerkannte der LRH die Bemühungen der Bewirtschafter und der Finanzabteilung zur vollständigen Erfassung der Mehrjahresverpflichtungen, was mitunter zu einer Erhöhung des Gesamtstandes an Verwaltungsschulden führte. Dem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 83 % kommt daher nur bedingte Aussagekraft zu.

Nach Ansicht des LRH werden manche mehrjährige Verpflichtungen in den Folgejahren zu einer erheblichen Zusatzbelastung des Budgets führen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die derzeit tilgungsfreien Darlehensverpflichtungen gegenüber den Ordenskrankenhäusern, die Vorfinanzierungen im Straßenbau und der geplante Ausbau des Straßenbahnnetzes sowie die endfällige Anleihe der Gespag zur Investitions-

finanzierung zu nennen. Solange sich die Einnahmen- und Ausgabensituation im Landeshaushalt nicht nachhaltig ändert, sollte nach Meinung des LRH das Land Oö. mit weiteren Mehrjahresverpflichtungen für Großinvestitionen zurückhaltend sein.

Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen

- 26.1. Im Jahr 2006 stiegen die gegebenen Darlehen um 120,7 Mio. Euro auf 2,3 Mrd. Euro an, während die noch nicht fälligen Verwaltungsforderungen um 7,4 Mio. Euro auf 115,7 Mio. Euro zurückgingen. Diese Beträge (in Mio. Euro) setzten sich wie folgt zusammen:

	2005	2006
Darlehen an Unternehmen mit indirekter Beteiligung	562,5	784,5
Investitionsdarlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	459,6	469,0
Darlehen an sonstige juristische und physische Personen	866,5	1.005,7
Darlehen an den Bund	250,0	0,0
Gesamtsumme Darlehen	2.138,5	2.259,2
Gehalts- und Pensionsvorschüsse	8,1	7,4
Ersätze zum Personal- und Pensionsaufwand	5,9	4,1
Sonstige noch nicht fällige Verwaltungsforderungen	109,2	104,2
Gesamtsumme noch nicht fällige Verwaltungsforderungen	123,2	115,7

- 26.2. Obwohl die Rückzahlung von 250 Mio. Euro seitens des Bundes die Darlehensforderungen verminderte, erhöhten sich in Summe die gegebenen Darlehen. Dazu trugen vor allem die Darlehen von 226,9 Mio. Euro für den Betriebsabgang und den Trägerselbstbehalt der Gespag und die Investitionsdarlehen im Wohnbaubereich (+135,2 Mio. Euro) bei.

Dem LRH ist klar, dass einige Darlehensforderungen nicht einbringlich sind bzw. die Abstattung nur mit Finanzhilfe des Landes möglich wäre. Dies trifft beispielsweise auf die Darlehen zur Betriebsabgangsdeckung der Gespag und auf manche Investitionsdarlehen für Abgangsgemeinden zu.

Verwahrgelder und Vorschüsse

- 27.1. Der Stand der Verwahrgelder betrug am Jahresende 2006 426,2 Mio. Euro (2005: 391,7 Mio. Euro) und enthielt vor allem Ist-Rücklagen und passive Rechnungsabgrenzungen. Der Stand der Vorschüsse belief sich auf 138,4 Mio. Euro (2005: 129,6 Mio. Euro). Hier sind als betragsmäßig wesentlich der Betriebsmittelvorschuss der Gespag und die aktiven Rechnungsabgrenzungen vor allem für Gehalts-/Bezugszahlungen für den Jänner 2007 zu nennen.
- 27.2. Der LRH stellte fest, dass in den Verwahrgeldern und Vorschüssen keine Beträge enthalten waren, die haushaltswirksam zu erfassen gewesen wären.

Wertpapiere

- 28.1. Das Nominale der Wertpapiere des Landes ging von 90 Mio. Euro (2005) auf 83,6 Mio. Euro zurück (Kurswerte zum 31.12.2006 ebenfalls 83,6 Mio. Euro). Es liefen festverzinsliche Wertpapiere für die Rücklage von Pensionen der Gemeindebediensteten aus bzw. wurden diese vorzeitig veräußert. Der Stand des Nominales dieser Wertpapiere betrug Ende 2006 noch rund 2 Mio. Euro.

Wertpapiere der allgemeinen Geldbestände blieben mit 1,5 Mio. Euro Nominale unverändert, ebenso wie die Genussrechte der Beteiligungs- und Wohnungsanlagen GmbH & Co OEG (WAG, Nominale 65 Mio. Euro) und die Vorzugszertifikate der Oö. Landesbank (Hypo Hybridkapital, Nominale 15 Mio. Euro). Die Genussrechte der WAG haben 2006 vertragsgemäß noch keinen über die Grundverzinsung hinausgehenden Gewinnanteil abgeworfen, das Hybridkapital wird vertragsgemäß vom Emittenten bedient.

Die verbrieften Anteile an der Energie AG Oberösterreich sind im Beteiligungsnachweis ausgewiesen.

- 28.2. Nach Ansicht des LRH sind im Nachweis alle Wertpapiere korrekt und vollständig dargestellt.

Haftungen

- 29.1. Es bestehen Ausfallsbürgschaften des Landes für alle eingegangenen Verbindlichkeiten für die Oö. Landesbank (bis 3.4.2003 eingegangene Verbindlichkeiten verbunden mit einer Haftungsprovision) sowie für die Gespag, die betraglich nicht festgelegt sind. Die Gespag nahm im Jahr 2006 Fremdkapital von 60 Mio. Euro endfällig auf.

Bei den Ordensspitälern betragen die Kreditausnutzungen mit Landeshaftung 196 Mio. Euro, die durch Landeszuschüsse abzudecken sind. An erstmaligen Haftungszugängen sind die teilweise Ausnutzung von Haftungsrahmen durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (10 Mio. Euro bei Haftungsrahmen von 100 Mio. Euro), die Landes-Immobilien GmbH (8,2 Mio. Euro bei Haftungsrahmen von 20 Mio. Euro) und das Österreichische Rote Kreuz (8,6 Mio. Euro bei Haftungsrahmen von 11,7 Mio. Euro) hervorzuheben.

- 29.2. Wie der LRH feststellte, ist die Darstellung der Haftungen im Nachweis korrekt und vollständig.

Beteiligungen

- 30.1. Im Beteiligungsnachweis waren zwei Beteiligungen des Landes an Kapitalgesellschaften, nämlich an der Energie AG Oberösterreich und der OÖ Landesholding GmbH (LAHO) darzustellen. Entsprechend der Anregung des LRH weist das Land freiwillig auch die Beteiligungen der LAHO und deren Höhe sowie die Beteiligungen der Branchenholdings aus, was der Transparenz und Aussagekraft des Nachweises dient. Immerhin hält die LAHO direkte Beteiligungen an 27 Gesellschaften.

- 30.2. Nach Ansicht des LRH sind die Beteiligungen im Nachweis korrekt dargestellt. Zu den einzelnen direkten und indirekten Beteiligungen führt der LRH aus:

Energie AG Oberösterreich

Der Zugang von Geschäftsanteilen der Energie AG Oberösterreich aus dem Aktienkaufvertrag vom 24. April 2006 im Nominale von 11,193.524,80 Euro wurde als Zugang des Nominales dargestellt. Es wurden 1,492.501 Aktien von der EVN AG, der Wiener Stadtwerke Holding AG und der Linz AG für Energie, Telekommunikation, Verkehr und Kommunale Dienste zurückgekauft. Die Verpflichtung zur Zahlung des am 10. Jänner 2007 fälligen Kaufpreises in Höhe von 354,7 Mio. Euro wurde unter den noch nicht fälligen Verwaltungsschulden ausgewiesen. Das Land Oö. ist nunmehr mit 93,77 % direkt am Grundkapital der Energie AG Oberösterreich beteiligt. Die auf das Land Oö. entfallende Dividende hat sich gegenüber dem Vorjahr, ua. durch die gestiegene Beteiligungshöhe, auf ca. 16 Mio. Euro erhöht.

OÖ Landesholding und indirekte Beteiligungen des Landes

Neben der Energie AG Oberösterreich hat auch die OÖ Landesholding GmbH eine Dividende ausgeschüttet. Die Dividende betrug 5,9 Mio. Euro und enthielt (durchgeleitet) wiederum insbesondere die Dividenden der Oö. Landesbank, der Flughafen Linz GmbH sowie Vorteile aus der Steuerrechnung der LAHO.

Bei den indirekten Beteiligungen des Landes gab es 2006 Zugänge durch die GWCL Wohnungsgesellschaft mbH (GWCL), die ASFINAG Autobahn Service GmbH Nord sowie eine Umgliederung der Traunsee Touristik GmbH zu den indirekten Beteiligungen.

Die **Traunsee Touristik GmbH** ist 2006 als direkte Beteiligung des Landes ausgeschieden und wurde mit Wirkung vom 11. August 2006 in die LAHO bzw. deren Tochter der OÖ Seilbahnholding GmbH eingebracht und die Firma auf **Traunsee Touristik GmbH Nfg. & Co KG** geändert.

Der Verkäufer der **GWCL Wohnungsgesellschaft mbH (GWCL)**, die AMI Agrolinz Melamine International GmbH, brachte 21,2 Mio. Euro in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses in die GWCL ein, um die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, eine Zahlung von 22 Mio. Euro an das Land Oö. im Zusammenhang mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit leisten zu können. In der Folge kaufte die LAHO die Gesellschaft (abgesehen von einem Zwerganteil der Oö. Landesbank) um 20 Mio. Euro und finanzierte den Kaufpreis teilweise über eine rollierende Barvorlage. Für diese Fremdfinanzierung von 18,8 Mio. Euro gibt es keine Haftung oder unmittelbare Rückzahlungsverpflichtung des Landes. Die GWCL ist zur Veräußerung bestimmt.

Die indirekte Beteiligung der LAHO an der **ASFINAG Autobahn Service GmbH Nord** (Landesanteil 6,5 %) wurde über einen Gesellschafterzuschuss des Landes an die OÖ. Verkehrsholding in Höhe von 325.000 Euro finanziert. Die Beteiligung ist im Zusammenhang mit der Übernahme des Autobahnbetriebs durch die ASFINAG zu sehen.

Im Landeshaushalt wurden 2006 Einnahmen aus der Übertragung von Liegenschaften an die **Landes-Immobilien GmbH (LIG)** erzielt. In der 5. Tranche wurden zehn Liegen-

schaften insbesondere Straßenmeistereien um 9 Mio. Euro verkauft. Diese Transaktion war im VA und im NVA nicht vorgesehen, der entsprechende Landtagsbeschluss wurde im Dezember 2006 gefasst. Zur Finanzierung der Grundstückstransaktionen stellte das Land Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3 Mio. Euro zur Verfügung und leistete Gesellschafterzuschüsse von 6 Mio. Euro. Wesentliche Verkäufe von Landesliegenschaften stehen nun nicht mehr an.

Die LIG ihrerseits erzielte aus Liegenschaftsverkäufen Erlöse von 6,7 Mio. Euro. Daraus wurden vorzeitige Tilgungen von Gesellschafterdarlehen der LIG vorgenommen. Darüber hinaus war eine Darlehensberichtigung im Zusammenhang mit dem Ausscheiden dieser Liegenschaften in Höhe von 1 Mio. Euro notwendig.

Durch den zeitlich unterschiedlichen Abschluss (und Prüfung) des Jahresabschlusses der LIG und des Rechnungsabschlusses des Landes sind regelmäßig Berichtigungen von Gesellschafterdarlehen und die Hingabe bzw. Umwidmung von Gesellschafterzuschüssen für Vorjahre notwendig. Dies deshalb, weil Investitionsausgaben und reiner Erhaltungsaufwand der LIG zum Stichtag 31.12. jeweils noch nicht endgültig feststehen. Im Jahr 2006 waren Berichtigungen betreffend LIG-Investitionsdarlehen von 7,1 Mio. Euro vorzunehmen.

Die **Nahverkehr-Errichtungs-GmbH** befindet sich in Liquidation und firmiert daher mit der Beifügung „in Liquidation“, neben der formalen Liquidation werden noch Nahverkehrsprojekte zur weiteren Abwicklung bearbeitet.

Für die **Eurotherme Bad Schallerbach GmbH** erfolgten durch die beiden letzten Tranchen (je 2 Mio. Euro) von Kapitalerhöhungen wesentliche Aufstockungen des Eigenkapitals.

Feststellungen zum Haushalts- und Verrechnungswesen

Flexibilisierung der Haushaltsführung

Evaluierung der Flexiprojekte

- 31.1. Im Jahr 2003 wurden drei Organisationseinheiten (Abteilung Statistik, Oö. Landesbibliothek und Oö. Akademie für Umwelt und Natur) als Pilotprojekte für die Flexibilisierung der Gebarungsführung ausgewählt. Ziel der Flexibilisierungsprojekte war es, insbesondere die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit des Verwaltungshandelns durch einen Übergang von der Input- zur Outputsteuerung zu verbessern und die Eigenständigkeit der Verwaltungseinheiten zu stärken. Inzwischen wurden die Aktivitäten der Flexibilisierungsprojekte vom Projektteam evaluiert. Auf Basis des Evaluierungsberichtes beschloss der Oö. Landtag im November 2006, die Pilotprojekte auf unbestimmte Zeit weiter zu führen.
- 31.2. Der LRH begrüßte die Entscheidung des Oö. Landtages die „Pilotprojekte Flexibilisierungsklausel“ fortzusetzen, da diesen bei der Umsetzung des WOV 2015 eine wichtige Rolle zukommt. Er anerkannte die professionelle Abwicklung und kritische Evaluierung des Gesamtprojektes.

Stärken-Schwächen-Analyse

- 32.1. Aufbauend auf dem Evaluierungsbericht untersuchte der LRH den Umsetzungsstand der Projekte und interviewte dazu mehrere Akteure. Dabei ging es dem LRH darum, die wesentlichen Stärken und Schwächen der bisherigen Pilotprojekte festzustellen, um daraus den künftigen Handlungsbedarf ableiten zu können.
- 32.2. Für den LRH waren folgende Stärken und Schwächen von Bedeutung:

Stärken:

- Wirtschaftliches Denken und Kostenbewusstsein in den Pilotabteilungen wurden gestärkt
- Überlegungen zur Messung des Managementenerfolges und der Wirkungen des Verwaltungshandelns wurden verstärkt angestellt
- Leistungsvereinbarungen zwischen Politik und Verwaltung liegen im Entwurf vor
- Flexibilität des Mitteleinsatzes, die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Personal- und Sachausgaben sowie das eigenständige Ansparen von Haushaltsmitteln in Form von Rücklagen wurden erreicht
- Zahlreiche kreative Lösungsansätze wurden in den verschiedensten Bereichen angedacht

Schwächen:

- Seitens der Politik fehlt ein Promotor zur ambitionierten Weiterentwicklung der Flexiprojekte
- Der beabsichtigte Übergang von der Input- zur Outputsteuerung ist in Politik und Verwaltung unterschiedlich ausgeprägt
- Die organisatorischen Rahmenbedingungen wie die Einführung der Neuen Amtsorganisation sind offen und die Umsetzung des WOV-Leitprojektes „Zielfindung-Planung-Steuerung“ ist noch nicht abgeschlossen
- Die Handlungsspielräume in personeller Hinsicht sind für eine wirtschaftliche und wirksame Steuerung ziemlich eingeschränkt, sodass nur bedingt attraktive Anreizsysteme für effizientes Wirtschaften gegeben sind
- Die ausgewählten Organisationseinheiten sind hinsichtlich ihrer Größe und Aufgaben nicht repräsentativ für die gesamte Landesverwaltung

Zusammenfassend kam der LRH zum Schluss, dass die Projektziele unter den bisherigen Rahmenbedingungen nur teilweise zu erreichen waren. Die erfolgreiche Weiterentwicklung dieser Pilotprojekte ist stark von der Politik und von den WOV-Leitprojekten „Neue Amtsorganisation“ und „Zielfindung-Planung-Steuerung“ abhängig. Zur Weiterentwicklung der Flexibilisierungsklausel in der gesamten Landesverwaltung sollten entsprechende Impulse der Politik für ein ziel- und wirkungsorientiertes Produktgruppenbudget anstelle des herkömmlichen inputorientierten Budgets gesetzt werden. Um die Auswirkungen der Flexibilisierungsklausel auf die Landesverwaltung intensiver testen zu können, schlug der LRH vor:

- Weiterführung des WOV-Leitprojektes „Flexibilisierungsklausel und Globalbudget“ unter verstärkter Einbindung der Politik
- Forcieren des geplanten Übergangs von der Input- zur Outputorientierung durch verbindliche Leistungsvereinbarungen zwischen den Leitern der Piloteinheiten und den zuständigen Referenten
- Weiterer Ausbau der Eigenständigkeit und –verantwortung der Piloteinheiten durch Einräumung personeller Spielräume, soweit dies im gesamtunternehmerischen Interesse möglich ist
- Ausweitung der Flexibilisierungsklausel auf größere Organisationseinheiten erst nach Umsetzung der Neuen Amtsorganisation und des WOV-Leitprojektes „Zielfindung-Planung-Steuerung“

Vermögensdarstellung im Rechnungsabschluss

- 33.1. Der RA weist in der Kassenrechnung, der Haushaltsrechnung und in den verschiedenen Nachweisen die nach der VRV darzustellenden (Finanz-)Vermögens- und Schuldenwerte aus. Überdies sind gemäß HO, den Ausführungsbestimmungen und sonstigen Richtlinien auch andere Anlage- und Umlaufvermögenswerte wie Liegenschaften, Inventar und Materialien in verschiedenen Verzeichnissen zu erfassen. Diese sind im RA derzeit nicht darzustellen.
- 33.2. Eine sinnvoll gegliederte Zusammenfassung des Landesvermögens und der Landeschulden in einer Gesamtübersicht ist nach Ansicht des LRH zweckmäßig. Eine solche Darstellung sollte entwickelt und dem RA beigelegt werden. Die damit verbundenen Ausweis- und Bewertungsfragen sollten im Sinne der aktuellen Erfordernisse überdacht und geregelt werden.

Zuständigkeit bei Verkauf immaterieller Vermögenswerte

- 34.1. Wie bereits im Bericht des LRH zur Initiativprüfung Landesforstrevier Leonstein LRH-110009/4-2006-Bf festgestellt, ist nach der Voranschlagsbestimmung Artikel III Abs. 3 für die Veräußerung von unbeweglichem bzw. beweglichem Anlagevermögen ab bestimmten Wertgrenzen die Zustimmung des Oö. Landtags einzuholen. Unter diesen Wertgrenzen ist die Landesregierung bzw. der Landesfinanzreferent zum Verkauf von Landesvermögen ermächtigt. Die Voranschlagsbestimmungen kennen allerdings nur „bewegliches“ und „unbewegliches Anlagevermögen“ und kein immaterielles Vermögen - wie Rechte, Lizenzen, Software oder Firmenwerte.
- 34.2. Der LRH empfahl, den Vermögensbegriff klarer als bisher zu definieren. Die Voranschlagsbestimmungen sollten klarstellen, dass sie auch den Verkauf von immateriellem Vermögen umfassen. Hinsichtlich der Wertgrenzen meinte der LRH, dass der Verkauf immateriellen Vermögens im Wert von über 800.000 Euro dem Oö. Landtag vorbehalten sein soll. Immaterielle Vermögenswerte von 40.000 bis 800.000 Euro je Einzelfall sollen bei Veräußerung von der Oö. Landesregierung beschlossen werden. Unter dieser Grenze sollte der Landesfinanzreferent zum Verkauf von immateriellem Vermögen ermächtigt werden. Diese Wertgrenzen kamen bisher beim Verkauf von unbeweglichem Anlagevermögen zur Anwendung.

Umsetzung von Empfehlungen aus der Prüfung des RA 2005

Der Finanzausschuss des Oö. Landtages behandelte in seiner Sitzung am 22.6.2006 den Bericht des LRH über die Initiativprüfung „Rechnungsabschluss 2005 des Landes Oö.“ (Zl. LRH-100.003/149-2006-Mü). Dabei stellte der Finanzausschuss fest, dass sechs Kritikpunkte als Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge im Sinne des § 9 Abs. 2 des Oö. LRHG zu betrachten sind.

Der LRH nimmt diesen Prüfbericht zum Anlass, sich in den Punkten 35 bis 40 mit der Umsetzung dieser Empfehlungen auseinanderzusetzen. Unter der Kennzeichnung 1 der genannten Punkte ist der Inhalt einzelner Empfehlungen wieder gegeben. Unter der Kennzeichnung 2 beurteilt der LRH den Stand der Umsetzung der jeweiligen Empfehlung.

Stabilitätsorientierte Budgetpolitik

35.1. Stabilitätsorientierte Ausrichtung der Budgetpolitik durch

- a) ausgabenseitiges Sparen im konsumtiven Bereich,
- b) Ausschöpfen von Einnahmemöglichkeiten.

In dieser Hinsicht sollten die politischen Entscheidungsträger konkrete Überlegungen anstellen. (siehe Pkt. 12.2. des Berichtes zum RA 2005; Umsetzung mittelfristig)

35.2. Der LRH ist der Ansicht, dass die im VA 2007 erstmals beschlossene Mehrjahresplanung (siehe Punkt 36) einen wichtigen Schritt zur stabilitätsorientierten Ausrichtung der Budgetpolitik darstellt. Die geplanten Ausgaben-Steigerungsraten zeigen meist eine moderate und konstante Entwicklung. Die Mehrjahresplanung stellt klar, dass ungefähr 76 % der Einnahmen des oö. Landesbudgets direkt oder indirekt bundesgesetzlich durch das Finanzausgleichsgesetz bzw. damit zusammenhängenden Gesetzen normiert werden und nur etwa die Hälfte dieser Einnahmen ohne Zweckbestimmung ist. Insbesondere das finanzpolitische Ziel „keine neuen Landesabgaben“ schränkt den Handlungsspielraum bei der Einhebung von laufenden Einnahmen erheblich ein, sodass weiterhin die Landesfinanzen in einem hohen Maße vom jeweiligen Finanzausgleich abhängig sind.

Der LRH hielt es für unumgänglich, dass die politischen Entscheidungsträger konkrete Überlegungen zum ausgabenseitigen Sparen im konsumtiven Bereich anstellen. Dies vor allem deshalb, weil die laufenden Haupteinnahmen des Landes konjunkturellen Schwankungen unterliegen und mittelfristig durch die geplante Steuersenkung des Bundes beeinträchtigt werden. Die mittelfristige Budgetplanung macht ersichtlich, dass es trotz erkennbarer Bemühungen weiterer Anstrengungen bedarf, damit das Land Oö. den Österreichischen Stabilitätspakt 2005 einhalten kann.

In Umsetzung

Mittelfristige Finanzplanung

- 36.1. Vorlage einer mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung wie beabsichtigt erstmals mit dem Budget 2007 an den Oö. Landtag. (siehe Pkt. 7.2. des Berichtes zum RA 2005; Umsetzung ab sofort)
- 36.2. Dem VA 2007 wurde erstmals eine Mehrjahresplanung (Budgetvorschau bis 2009) als Nachweis 6 beigefügt. Sie beinhaltet sowohl die Voranschläge für 2006 und 2007 als auch die Budgetprognosen für die Jahre 2008 und 2009. Mit dieser Planung wird auch Art. 7 Z. 3 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2005 entsprochen, wonach der Bund und die Länder (einschließlich Wien) ihre aktuellen Planungen für die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung jährlich dem österr. Koordinationskomitee zu berichten haben.

Basis der mehrjährigen Planung waren die für den VA 2007 festgelegten finanzpolitischen Vorgaben. In die Planung einbezogen wurden die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Einnahmenseitig wurde auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich und deren Entwicklung, ausgabenseitig auf die Investitionen näher eingegangen. Dem Planungsbericht wurden sieben Anlagen angeschlossen, die in tabellarischer Form Aufschluss über sämtliche relevanten finanzwirtschaftlichen Eckdaten und Budgetkennziffern für den Planungszeitraum geben.

Vollständig umgesetzt

Offene Fleischuntersuchungsgebühren

- 37.1. Einbringung offener Einnahmerückstände bei den Fleischuntersuchungsgebühren durch den zuständigen Bewirtschafter soweit wie möglich. Für die weitere Vorschreibung von Fleischuntersuchungsgebühren sollte ehestens eine neue Gebührenregelung festgelegt werden. (siehe Pkt. 5.2. des Berichtes zum RA 2005; Umsetzung ab sofort)
- 37.2. Nachdem die Gebührenansprüche auf das rechtlich gedeckte Ausmaß berichtet wurden, sollten die endgültig nicht einbringlichen Beträge im Finanzjahr 2007 abgeschrieben werden (siehe Pkt. 12.2. des Berichtes). Die einbringlichen Forderungen wären ehestens einzuziehen, Überzahlungen an die Schlachtbetriebe zurückzuzahlen bzw. bei der laufenden Gebührenverrechnung anzurechnen. Die neue Gebührenregelung ist per 1.1.2008 vorgesehen.

In Umsetzung

Mehrjährige Verpflichtungen

- 38.1. Verpflichtende Meldung aller Bewirtschafter über die zum Jahresende offenen mehrjährigen Verpflichtungen mit finanzwirtschaftlicher Bedeutung zur Aufnahme in den Nachweis über noch nicht fällige Verwaltungsschulden. (siehe Pkt. 30.2. des Berichtes zum RA 2005; Umsetzung ab sofort)
- 38.2. Im Ausführungserlass zum VA 2006 und in den Richtlinien für die bewirtschaftenden Stellen zum RA 2006 wurde ausdrücklich auf die Pflicht der Bewirtschafter hingewiesen,

noch nicht fällige Verwaltungsschulden gem. § 26 Abs. 8 bis 10 der HO an die Landesbuchhaltung zu melden. Neben einer Klarstellung des Inhaltes des Nachweises über noch nicht fällige Verwaltungsschulden wurde der Hinweis gegeben, die relevanten Daten auch für notwendige Aktualisierungen bereits evidenter Mehrjahresverpflichtungen bekanntzugeben. Die Landesbuchhaltung ersuchte darüber hinaus im Jänner 2007 in einem separaten Schreiben an die Bewirtschafter nochmals um Bereitstellung bestimmter Unterlagen bzw. Daten, um eine möglichst vollständige Erfassung zu gewährleisten. Dabei wurden auch formlose Leermeldungen eingefordert. Die Meldungen der Bewirtschafter ergaben die im Nachweis ausgewiesenen Mehrjahresverpflichtungen bzw. noch nicht fälligen Verwaltungsschulden.

Vollständig umgesetzt

Überdenken des Leistungsangebotes im Sozialbereich

- 39.1. Kritisches Überdenken des Leistungsangebotes im Sozialbereich. Beim derzeitigen Leistungsniveau und weiteren Ausbau des Leistungsangebotes sollten die politischen Entscheidungsträger die Einnahmenentwicklung im Landeshaushalt mehr als bisher berücksichtigen und nach zusätzlichen Einnahmen und Tarifierpassungen auch im Sozialbereich suchen. (siehe Pkt. 25.2. des Berichtes zum RA 2005; Umsetzung ab sofort)
- 39.2. Die von der Sozialabteilung (SO) regelmäßig aktualisierte mittelfristige Budgetplanung basiert auf verschiedenen Bedarfsplanungsinstrumenten wie die Bedarfs- und Entwicklungsplanung im SHG-Bereich oder das Bedarfsmeldungssystem im BHG- und psychosozialen Bereich. Im Zuge der Aktualisierung der Bedarfsplanungen wurde bzw. wird das Leistungsangebot von der SO kritisch hinterfragt.

Aufgrund des geplanten Oö. Chancengleichheitsgesetzes (ChG) wurde für den ChG-Bereich eine separate mittelfristige Budgetplanung für den Zeitraum 2008 bis 2015 erstellt. Dabei wurden die Mehrausgaben durch jährliche Steigerungen und zusätzliche Kosten mit 242,6 Mio. Euro angenommen. Es werden auch höhere Einnahmen von 77,1 Mio. Euro erwartet. Die Gesamtbelastung für den Landeshaushalt beträgt 165,5 Mio. Euro, wobei lt. Angabe der SO in den nächsten Jahren auch Effizienzsteigerungen im Ausmaß von 58,3 Mio. Euro realisiert werden. Der LRH hob positiv hervor, dass die SO aus eigener Initiative noch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens einen Vorschlag zur inhaltlichen Verbesserung des ChG einbrachte, der im Wesentlichen eine Angleichung an das SHG, Mehreinnahmen und Arbeitsvereinfachung bewirken soll.

Weiters erhob die SO abteilungsweit das Einsparungspotential. Im Schreiben vom 1.9.2006 erläuterte sie die Budgetsituation bzw. die Konsequenzen von Einsparungsmaßnahmen und schlug dem zuständigen Referenten mehrere, aus ihrer Sicht sinnvolle und (meist längerfristig) realisierbare Maßnahmen vor. Abgesehen von diesen Maßnahmen meinte der LRH, dass auch die Fördermaßnahme „Heizkostenzuschuss“ überdacht werden sollte.

Hinsichtlich Einnahmepotential im stationären und mobilen (SHG-)Bereich eruierte die SO die Tarifregelungen der anderen Bundesländer zu Vergleichszwecken. Eine Erkenntnis aus der Tarifierhebung war, dass die Tarifregelungen stark unterschiedlich sind und ein Vergleich aufgrund der nicht einheitlichen Strukturen derzeit kaum möglich ist.

In Umsetzung

Evaluierung der Leistungen im Sozialbereich

- 40.1. Regelmäßige Evaluierung der Leistungen im Sozialbereich durch die Fachabteilung im Hinblick auf Bedarf und Kostendämpfung. (siehe Pkt. 27.2. des Berichtes zum RA 2005; Umsetzung ab sofort)
- 40.2. Die SO startete in den letzten Monaten die Evaluierung der „Wohnoffensive“ und arbeitete am Kooperationsprojekt „Sozialhilfeverbände mit Gespag“ zur Nutzung von Synergien mit. Weiters steht die Evaluierung der Errichtungskosten von Alten- und Pflegeheimen vor dem Abschluss. Die SO erstellte dabei eine Wirtschaftlichkeitsstudie „Kosten & Heimgröße“, die derzeit dem zuständigen Referenten vorliegt. Des weiteren verwies die SO auf die regelmäßigen Evaluierungen im Zuge der Aktualisierungen der Bedarfsplanungen (siehe Pkt. 39.2.).

In Umsetzung

2 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 14. Juni 2007

Dr. Helmut Brückner
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

Pflicht- und Ermessensausgaben

Ggr.	Pflichtausgaben (Tabelle in Mio. Euro)	2004	2005	2006	Veränderung 2005/2006
0	Leistungen für Personal	975,5	996,9	1.024,3	27,4
1	Amtssachausgaben	28,3	32,7	32,6	-0,1
2	Anlagen	234,7	134,8	105,1	-29,7
4	Förderungsausgaben, laufende Gebarung	785,7	680,2	738,6	58,4
6	Förderungsausgaben, Vermögensgebarung	398,8	165,0	383,7	218,7
8	Sonstige Sachausgaben, Pflichtausgaben, übertragene Mittel auf das Folgejahr	1.720,8	1.673,8	1.537,0	-136,8
	Summe	4.143,9	3.683,3	3.821,3	137,9
	Ermessensausgaben				
3	Anlagen	0,3	0,3	0,4	0,1
5	Förderungsausgaben, laufende Gebarung	407,7	418,2	378,0	-40,2
7	Förderungsausgaben, Vermögensgebarung	8,0	14,6	8,1	-6,6
9	Sonstige Sachausgaben	16,5	15,9	18,7	2,8
	Summe	432,5	449,1	405,2	-43,8
	Gesamtausgaben	4.576,3	4.132,4	4.226,5	94,1

Die Ermessensausgaben gingen 2006 um 43,9 Mio. Euro bzw. 9,8 % zurück, weil einerseits weniger Förderausgaben zur Beseitigung von Katastrophenschäden notwendig wurden und andererseits ein Teil der Förderausgaben für die Betriebsabgangsdeckung der Ordenskrankenhäuser vom Ermessens- in den Pflichtbereich (von Ggr. 5 in die Ggr. 4) verlagert wurde.

Die Ausgabenerhöhung im Pflichtbereich von 137,5 Mio. Euro zeigte sich im Wesentlichen bei den Personalleistungen (Ggr. 0) und bei den Förderausgaben (Ggr. 4 und 6). Die Mehrausgaben bei den laufenden Förderausgaben (Ggr. 4) resultierten aus Zuschüssen für Gemeinden, Beteiligungsunternehmen (TOG und LIG), Ordenskrankenhäuser, Nahverkehr und OÖ. Verkehrsverbund. Die Ausgabensteigerung bei den Förderausgaben der Vermögensgebarung kam durch die Umstellung der Betriebsabgangsdeckung der Gespag von den Sachausgaben zu den Förderungsdarlehen zustande.

Ausgabenverteilung nach Referaten 2006

Referat	Gesamtausgaben in Mio. Euro		Anteil am Gesamtbudget	Pflichtausgaben (Ggr. 0,1,2,4,6,8)		Anteil am Referatsbudget	Ermessensausgaben (Ggr. 3,5,7,9)		Anteil am Referatsbudget
	VA	RA		VA	RA		VA	RA	
11 Erste LT.-Präsidentin Orthner	8,2	7,5	0,2%	8,2	7,5	99,6%	0,0	0,0	0,4%
21 LH Dr. Pühringer*	1.184,2	1.473,7	30,7%	1.101,4	1.391,2	93,0%	82,8	82,5	7,0%
31 LH-Stv. Hiesl	830,9	866,1	21,5%	788,7	818,3	94,9%	42,2	47,8	5,1%
32 LH-Stv. Dipl.-Ing. Haider	91,3	101,7	2,4%	69,8	79,8	76,4%	21,5	21,9	23,6%
41 Landesrat Sigl	213,6	213,9	5,5%	120,2	126,4	56,3%	93,4	87,5	43,7%
42 Landesrat Dr. Stockinger	212,8	238,3	5,5%	178,1	206,6	83,7%	34,6	31,6	16,3%
43 Landesrat Dr. Keplinger	302,7	302,2	7,8%	297,4	299,9	98,2%	5,3	2,3	1,8%
44 Landesrat Ackerl	477,9	490,7	12,4%	398,5	415,3	83,4%	79,4	75,4	16,6%
45 Landesrätin Dr. Stöger	492,1	485,1	12,8%	466,5	463,8	94,8%	25,6	21,3	5,2%
46 Landesrat Anschober	44,4	47,3	1,2%	10,7	12,4	24,1%	33,7	34,9	75,9%
Summe	3.858,0	4.226,5	100,0%	3.439,5	3.821,3	89,2%	418,5	405,2	10,8%

* Im Ressort sind die großteils vom Bund refundierten Ausgaben für Landeslehrer und diverse ressortübergreifende Finanztransaktionen wie zB Rücklagenzuführungen enthalten.

KZ	Bezeichnung	2004	2005	2006	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			05/06	
		in Mio. Euro			in %	
Einnahmen aus Finanztransaktionen						
50	Veräußerung von Beteiligungen und Wertpapieren	4,5	2,8	0,1	-2,7	-97,1%
51	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben des Landes	20,0	0,0	0,0	0,0	-100,0%
52	Entnahmen aus Rücklagen	792,1	572,2	526,0	-46,2	-8,1%
53,54	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen von Trägern des öffentlichen Rechts und sonstige Unternehmungen und Haushalte	15,6	39,4	36,4	-3,0	-7,6%
55	Aufnahmen von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
56	Aufnahme von sonstigen Finanzschulden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
57	Einnahmen aus Rücklagen von Haftungsinanspruchnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
58	Aufnahme von sonstigen Schulden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
59	Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen	832,3	614,4	562,5	-51,9	-8,4%
Ausgaben aus Finanztransaktionen						
60	Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren	116,3	46,6	12,1	-34,5	-74,0%
61	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben des Landes und dem Land	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
62	Zuführung an Rücklagen	378,1	288,4	278,5	-9,9	-3,4%
63	Gewährung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts	23,3	16,7	11,1	-5,5	-33,2%
64	Gewährung von Darlehen an sonstige Unternehmungen und Haushalte	385,5	164,9	382,3	217,4	131,8%
65,66	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts und sonstigen Unternehmungen und Haushalten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
67	Ausgaben aus der Inanspruchnahme aus Finanzhaftungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
68	Rückzahlungen von sonstigen Schulden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%
69	Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen	903,2	516,7	684,1	167,4	32,4%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen Summe 5 minus Summe 6	-71,0	97,7	-121,5	-219,3	-224,3%
94	Saldo 4: Jahresüberschuß (+) / Jahresfehlbetrag (-)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%

Übersicht Gesamthaushalt						
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung Summe 1, 3 und 5	4.576,3	4.132,4	4.226,5		
81	Sonstige Einnahmen des Gesamthaushaltes: Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre, Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0		
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)	4.576,3	4.132,4	4.226,5		
82	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung Summe 2, 4 und 6	4.576,3	4.132,4	4.226,5		
83	Sonstige Ausgaben des Gesamthaushaltes: Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre, Abwicklung Soll-Überschüsse laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0		
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)	4.576,3	4.132,4	4.226,5		
99	Administratives Jahresergebnis Summe 7 minus Summe 8	0,0	0,0	0,0		

AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Oö. für das Verwaltungsjahr 2006

Aktenzahl: LRH-100003/170-2007-Mü

Ort und Datum: 4020 Linz, Promenade 31, am 4.6.2007

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Landesfinanzdirektor Dr. Josef Krenner, Finanzabteilung
OAR Friedrich Hintenaus, Finanzabteilung
OAR Gerhard Nigl, Finanzabteilung
Buchhaltungsvorstand OAR Roland Reichl, Landesbuchhaltung
OAR Johannes Kriegner, Landesbuchhaltung
AR Günter Weissmann, Büro LH Dr. Pühringer

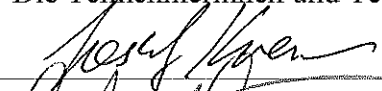

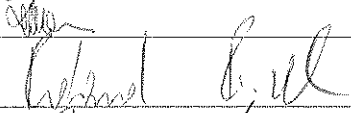
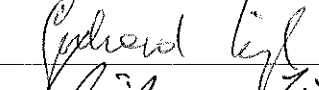
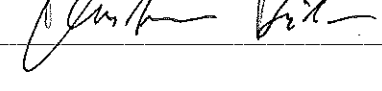
Mitglieder des LRH: Martin Mühlbacher MBA (PL)
Mag. Franz Bauer
Pauline Gmeiner
Mag. Thomas Hammer
Peter Spanner

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Mitglieder des LRH:

